

# DEUTSCHE POLIZEI

Nr. 6 Juni 2012 Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei



## **Tödliches Risiko: Rausch am Steuer**

### **In dieser Ausgabe:**

**Mai-Einsätze:**  
Von Friedlichkeit kaum eine Spur

**Fußballeinsätze:**  
„Das Stadion soll brennen“

**Kriminalprävention:**  
Neues Internetportal präsentiert  
Fachwissen allgemeinverständlich

**Tarif:**  
Änderungen im Urlaubsrecht

**17. Präventionstag in München:**  
Zwischen „Tatort Jugendzimmer“  
und U-Haftvermeidung

**SENIORENJOURNAL**

# Für die Praxis



 **Neuaufgabe:**

## Pressearbeit der Polizei

Leitfaden für die Praxis

Von **Karl Beele** und **Jan Schabacker**.  
3. Auflage 2012,  
192 Seiten,  
DIN A 5, Broschur,  
24,90 € [D], 43,60 sFr.  
**ISBN 978-3-8011-0673-7**



 **Neuerscheinung:**

## Suizid

Umgang mit gefährdeten Personen

Von **Guido Kolk** und **Jens Walkowiak**.  
1. Auflage 2011,  
144 Seiten,  
DIN A 5, Broschur,  
19,90 € [D], 35,10 sFr.  
**ISBN 978-3-8011-0667-6**



## Gefährliche Hunde

Vorgehen – Eingriffstechniken – Sicherung – Professionelle Lagebewältigung

Von **Michael Hanstein**, **Dirk Kaltz** und **Stephan Heim**.  
3. Auflage 2009,  
151 Seiten,  
DIN A 5, Broschur,  
19,90 € [D], 35,10 sFr.  
**ISBN 978-3-8011-0620-1**



 **Neuaufgabe:**

## Vernehmungen

Taktik – Psychologie – Recht

Von **Heiko Artkämper** und **Karsten Schilling**.  
2. Auflage 2012,  
368 Seiten,  
DIN A 5, Broschur,  
19,90 € [D], 35,10 sFr.  
**ISBN 978-3-8011-0665-2**



## Praktische Eigensicherung

Grundlagen für Ausbildung und Praxis

Von **Arnold Schacht**, **Wolfgang Bopp** und **Herbert Frese**.  
4. Auflage 2003,  
196 Seiten,  
DIN A 5, Broschur,  
16,90 € [D], 30,10 sFr.  
**ISBN 978-3-8011-0474-0**



## Schießausbildung (DVD)

Von **Hans-Otto Engelbrecht**, **Axel Männich** und **Markus Stappen**.  
2. Auflage 2007,  
DVD,  
19,90 € [D], 35,10 sFr.  
**ISBN 978-3-8011-0558-7**



Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeiten unter: [www.VDPolizei.de](http://www.VDPolizei.de)

**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb**  
Forststraße 3a • 40721 Hilden • Tel.: 02 11/71 04-212 • Fax: -270 • E-Mail: [vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de](mailto:vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de) • [www.VDPolizei.de](http://www.VDPolizei.de)

## MAI-EINSÄTZE



Berlin habe sich, sagte GdP-Bundesvorsitzender Witthaut, offenbar an ein so hohes Gewaltniveau gewöhnt, dass selbst kleine Fortschritte in Richtung eines absolut friedlichen Starts in den Wonnemonat Mai bereits für Erleichterung sorgten.

Seite 18

## FUSSBALLEINSÄTZE



Polizeioberrat Michael Ebert, Leiter der Polizeiinspektion Rostock, sollte Recht behalten: „Wenn die Hansa-Fans sich heute daneben benehmen, dann dürfte die Entscheidung über eine finanzielle Rettung des hochverschuldeten Vereins durch die Rostocker Bürgerschaft gefallen sein. Von daher gehe ich davon aus, dass es ruhig bleibt.“

Seite 28

## 17. DEUTSCHER PRÄVENTIONSTAG IN MÜNCHEN



Seit Jahrzehnten dient die Kriminalprävention nicht nur dem Ziel, die individuelle Kriminalität eines Menschen zu vermeiden, sondern ihr Anliegen ist es auch, Städte und Gemeinden sicherer zu machen. Niemals Opfer einer Straftat zu werden, sich in seinem sozialen Nahfeld sicher zu fühlen und letztlich damit auch ein entscheidendes Maß an Lebensqualität zu gewinnen, ist ein hohes Gut der Präventionsarbeit.

Seite 32

# INHALT

# Juni 2012

<b>AKTUELL</b>	<b>2</b>
<b>KOMMENTAR</b> Prellbock Polizei	<b>4</b>
<b>FORUM</b>	<b>4/5/36</b>
<b>TITEL/3. GdP-VERKEHRSFORUM</b> Tödliches Risiko: Rausch am Steuer	<b>6</b>
<b>MAI-EINSÄTZE</b> Von Friedlichkeit kaum eine Spur	<b>18</b>
<b>EXTREMISMUS</b> Salafisten attackieren Polizei	<b>25</b>
<b>TARIF</b> Änderungen im Urlaubsrecht	<b>26</b>
Neuaufgabe der TV-L-Broschüre	<b>27</b>
<b>FUSSBALLEINSÄTZE</b> „Das Stadion soll brennen“	<b>28</b>
<b>17. DEUTSCHER PRÄVENTIONSTAG IN MÜNCHEN</b> Zwischen „Tatort Jugendzimmer“ und U-Haftvermeidung	<b>32</b>
<b>KRIMINALPRÄVENTION</b> Neues Internetportal präsentiert Fachwissen allgemeinverständlich	<b>34</b>
<b>RECHT</b>	<b>35</b>
<b>SENIORENJOURNAL</b> 25 Jahre Seniorengruppe Bund	<b>37</b>
<b>IMPRESSUM</b>	<b>40</b>



**1. MAI IN LÜNEBURG:**

**„Der Mensch ist das Maß aller Dinge, nicht der Markt“**



GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut bei seiner 1.-Mai-Rede in Lüneburg: „Gute Arbeit muss auch gut bezahlt werden!“ Foto: Klaus Mönwies

Unter dem Motto „Gute Arbeit für Europa – Gerechte Löhne, Soziale Sicherheit“ sprach der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut bei der DGB-Veranstaltung in Lüneburg. Ein deutliches Ja zur europäischen Integration und ein ebenso deutliches Nein zum verheerenden Sparkurs der Bundesregierung, waren Grundtenor seiner rund halbstündigen Rede. Hinsichtlich der unwürdigen Lohn- und Fiskalpolitik in Deutschland wies er darauf hin, dass die Menschen heute länger arbeiten müssten, ohne gebührend an den Ergebnissen ihrer Arbeit auch nur ansatzweise gerecht beteiligt zu werden.

Er forderte die Politik ebenso wie die Unternehmen auf, wieder deutlich mehr in die Zukunft dieses Landes zu investieren. „Der Mensch ist das Maß der Dinge, nicht der Markt.“ Die unsägliche Schuldenbremse drohe Deutschland kaputt zu sparen. Die Probleme aus der gegenwärtigen Finanzkrise dürften nicht auf den Schultern der sozial Schwachen abgeladen werden. „Arbeit muss sich nicht nur wieder lohnen, sondern gute Arbeit muss auch gut bezahlt werden“, forderte Witthaut. Auch für Bildung und Infrastruktur müsse dringend mehr getan werden; die dafür erforderlichen Mittel könnten aus den Vermögen der Wohlhabenden dieses Landes abgeschöpft werden.

Eindringlich rief Bernhard Witthaut die Bundesregierung auf, die Jugendarbeitslosigkeit wirksamer zu bekämpfen und setzte sich nachdrücklich für einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro ein. *tetz*

**LETZTE SEMINAR-PLÄTZE JUNGE GRUPPE (GdP):**

**GDP-BUNDESPOLIZEI:**

**Eigensicherung ist kein Zufall**

**Personalratswahlen**

Auf bundesweites polizeiliches Interesse stößt das in Kooperation mit der Europäischen WingTsun Organisation vom 22. bis 24. Juni 2012 in Saarbrücken statt-



findende polizeispezifische Einsatz- und Zugriffstraining der JUNGEN GRUPPE (GdP). Von den 150 Seminarplätzen stehen nur noch wenige zur Verfügung.

Jetzt zugreifen: Wer noch einen der begehrten Seminarplätze erhalten möchte,

sollte sich beeilen und schnellstmöglich unter [www.gdpjg.de](http://www.gdpjg.de) anmelden.

Die Zunahme von gewalttätigen Übergriffen gegenüber Kolleginnen und Kollegen in Uniform bestätigt nicht nur die kürzlich erhobene Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen e. V. (KFN) „Gewalt gegen Polizei“, sie lässt sich auch verstärkt aus vielen Gesprächen zwischen Kolleginnen und Kollegen heraushören. Daher ist es der JUNGEN GRUPPE (GdP) ein besonderes Anliegen, ein solches Training speziell für Vollzugsbeamte von Polizei, Zoll und Justiz anbieten zu können. Die JUNGE GRUPPE (GdP) freut sich besonders über die übernommene Schirmherrschaft der Ministerin für Inneres und Sport des Saarlandes, Monika Bachmann.

*Torsten Rohde*

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hat die Personalratswahlen in der Bundespolizei mit einem beeindruckenden Ergebnis gewonnen. Im Verhältnis zu dem schon sehr guten Ergebnis im Jahr 2009 hat sie ihre Mehrheit sowohl im Bundespolizeihauptpersonalrat als auch im Bundespolizei-Bezirkspersonalrat von 16 auf nunmehr 18 Sitze bei den Beamtinnen und Beamten ausgebaut. Bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern konnte sie drei von vier zu vergebenden Sitzen gewinnen. „Die Kandidatinnen und Kandidaten des GdP-Bezirks Bundespolizei wissen, dass mit diesem Ergebnis große Erwartungshaltungen unserer Kolleginnen und Kollegen einher gehen. Wir werden uns mit aller Kraft dafür einsetzen, dieser Verantwortung gerecht zu werden“, so der GdP-Bezirksvorsitzende Josef Scheuring. *Martin Schmitt*



**SCHUSSWAFFENGEBRAUCH:**

# Polizei schießt immer weniger

**Polizistinnen und Polizisten haben im vergangenen Jahr 2011 weniger oft mit ihrer Dienstwaffe geschossen, als im Vorjahr, berichtete der Vorsitzende der ständigen Konferenz der Innenminister- und Senatoren (IMK), Lorenz Caffier, Anfang Mai 2012 in Schwerin. Der in diesem Jahr die IMK anführende Innenminister Mecklenburg-Vorpommerns zeigte sich erfreut, dass „die Tendenz aller Formen des Schusswaffengebrauchs durch Polizeibeamte gegen Personen weiter rückläufig ist“.**

So wurden in 2011 in der Bundesrepublik Deutschland mit 49 Warnschüssen, zehn weniger abgegeben, als noch im Vorjahr. 36 Mal, in 2010 37 Mal, hätten Polizeibeamte von Bund und Ländern auf andere Personen geschossen. Dadurch seien 15 Personen verletzt worden. Im Vorjahr wurden 23 Verletzte durch polizeilichen Schusswaffengebrauch verzeichnet. Sechs Personen, und damit eine Person weniger als 2010, verstarben an den Folgen der jeweiligen Schussverletzungen. Auch die Anzahl der Schüsse auf gefährliche, kranke oder verletzte Tiere sank um etwa fünf Prozent auf 8.812 Fälle (2010: 9.336).

Die Zahlen für den bundesweiten Gebrauch von Schusswaffen durch Polizeibeamtinnen und -beamte werden von der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) im westfälischen Münster-Hiltrup erhoben.

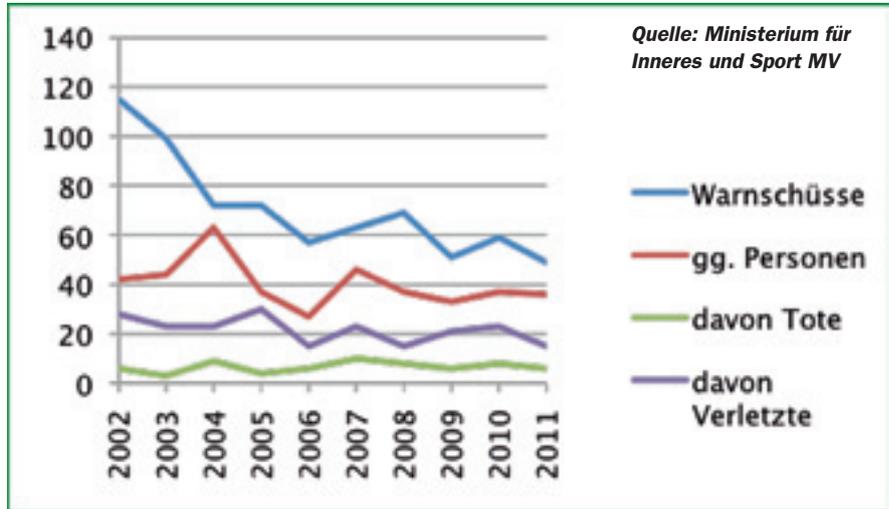
**Schießausbildung auf hohem Niveau**

Der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut führt die auch aus der Sicht der

Gewerkschaft der Polizei sehr erfreuliche Entwicklung auf das anhaltend hohe Niveau der polizeilichen Schießausbildung zurück. Zudem würden Polizeibeamtinnen und -beamte die Bewältigung und Deeskalation kritischer Situationen regelmäßig trainieren. Witthaut: „Polizistinnen und Polizisten setzen die Waffe nur in äußerstem Notfall ein. Zuerst wird

das vorhandene Instrumentarium aller Einsatzmittel, die das polizeiliche Gegenüber vorübergehend außer Gefecht setzen kann, aber nicht nachhaltig verletzt oder tötet, gecheckt.“ Kein Polizeibeamter greife gerne zur Schusswaffe, sagte er.

IMK-Vorsitzender Caffier ergänzte: „Unsere Polizisten sind keine Rowdys in Uniform. Sie sind ausschließlich Recht und Gesetz verpflichtet und erfüllen die Aufgabe, die wir als Gesellschaft ihnen stellen auf rechtsstaatlicher Grundlage.“ Als einen besonderen Erfolg verburche er, dass offensichtlich alle Polizisten, die in Sekundenbruchteilen die schwerwiegende Entscheidung zum Gebrauch der Schusswaffe hatten treffen müssen, rechtlich korrekt handelten. **MiZi**



**KRIMINALITÄT:**

# Politisch motivierte Gewalt nimmt zu

Extremistische Straftäter wenden immer mehr Gewalt an. Angesichts der Mitte Mai von Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich veröffentlichten deutlich gestiegenen Zahlen der politisch motivierten Kriminalität forderte der GdP-Bundesvorsitzende von allen etablierten Parteien eine klare Abgrenzung gegenüber jeder Form des politischen Extremismus, gemeinsame Anti-Gewalt-Initiativen sowie ein klares Bekenntnis zur deutschen Polizei. Witt-

haut: „Für Links- wie Rechtsextreme oder religiös-radikale Fanatiker stellen Polizistinnen und Polizisten keine Menschen dar, sondern sind allein Zielscheibe des Hasses auf den demokratischen Staat. Es reicht nicht aus, sich nur von Gewalt zu distanzieren. Den verworrenen Thesen des gewaltbereiten politischen Extremismus, ganz egal, ob links oder rechts, muss entschieden entgegengetreten werden. Sie müssen von allen Demokraten als blanke Aufrufe zur Gewalt gegen Polizei

und Staat gebrandmarkt werden.“ Laut Bundesinnenministerium habe die Zahl der politisch motivierten Gewalttaten um fast 18 Prozent zugenommen und bilde den Höchststand bei politisch motivierten Gewalttaten seit Einführung des derzeitigen Definitionssystems im Jahr 2001. Straftaten gegen die Polizei hätten um nahezu 15 Prozent zugenommen. Mit 3.317 Fällen (1.284 Gewalttaten) sei auch hier ein Höchstwert erreicht worden.

**MiZi**



## Prellbock Polizei

Die Ansage des Veranstalters, dass die Revolution nun abgebrochen sei, erfolgt am 1. Mai gegen 21.15 Uhr nach mehreren Stein-, Flaschen- und Böllerwürfen nicht nur in deutscher Sprache. Das offenbar internationale Publikum wird auch in Englisch über die wesentlichen versammlungsrechtlichen Hintergründe aufgeklärt. Was ebenfalls wohl unvermeidlich ist, ist die abschließende Beschimpfung der Polizei über Lautsprecher: „Fuck the Police“.



Überhaupt hat man den Eindruck auf einer internationalen Veranstaltung zu sein. Aus 3.000 größtenteils vermummten und gewaltbereiten Kehlen schallt es dutzende Male: „A - Anti - Antikapitalista“. Diese kurze Formel hat wenig Aussagekraft und nach deutscher Sprache klingt es nicht, aber in den für alle allge-

mein verständlichen Jargon rutschen die revolutionären Massen dann doch ab, wenn skandiert wird: Ganz Berlin hasst die Polizei.

Wer ganz vorne bei der sog. revolutionären 1. Mai Demo mitläuft und das Treiben hautnah miterlebt, stellt sich eine ganze Reihe von Fragen. Es ist nicht zu übersehen, dass hier rund 3.000 junge Leute agieren, die sich selbst sicherlich für sehr politisch halten und die ihre Politik in einer kaum für möglich zu haltenden Gewaltbereitschaft ausleben wollen. Rechts und links des Zuges werden blitzartig Vermummungen angelegt. Die eben noch milchgesichtigen, zumeist jungen, Männer, verwandeln sich in äußerst gewaltbereite Schläger und Steinewerfer. Diese Metamorphose schockiert. Welchen Einflüssen unterliegen junge Leute, die es möglich machen, dass aus den netten Jungs von nebenan am 1. Mai in Kreuzberg brutale Gewalttäter werden? Wenn man über mehrere Stunden die Gesprächssetzen der Teilnehmer des schwarzen Blocks zuhört, bekommt man des Weiteren mit, dass hier zwar vielleicht politische Wirmköpfe am Werk sind, die jederzeit auf die Po-

izei losgehen würden, aber keineswegs ungebildete Menschen. Das Problem des 1. Mai in Berlin und vieler anderer Auseinandersetzungen mit gewaltbereiten jungen Menschen kann nicht gelöst werden, wenn wir uns nicht auch mit den Hintergründen dieser Personen beschäftigen. Ohne schwermüde Sozialromantik oder unangebrachtes Versteherum muss die Frage gestellt werden, welche politische Bildung stattgefunden oder – viel wahrscheinlicher – nicht stattgefunden hat. Selbstverständlich wäre die Gleichung 'viel politische Bildung in der Schule gleich friedlicher 1. Mai in Berlin Kreuzberg oder im Hamburger Schanzenviertel' viel zu einfach. Trotzdem muss die Frage gestellt werden, ob Tausende junger Menschen, die vermummt und bewaffnet den Sturm auf Staat und Polizei wagen wollen, offenbar an einer gezielten Wertevermittlung in der Schule, die sie zumeist gerade eben erst verlassen haben, vorbeigelaufen sind. Die Polizei kann nicht der Reparaturbetrieb der Gesellschaft sein. Am 1. Mai jedoch ist sie in der ganzen Härte der Realität der Prellbock extremistischer Gewaltbereitschaft. Wenn die Kommunen ihren Prozess des Abbaus der politischen Bildungsarbeit, der internationalen Begegnungen und der offenen Jugendarbeit weiter fortsetzen und auch die Schulen immer mehr zum Ort unpolitischer Fachwissensvermittlung werden, dürfen wir uns nicht wundern, dass immer mehr junge Menschen glauben, ihren Kampf für eine bessere und gerechtere Welt in der Nahdistanz mit einer Einsatzhundertschaft austragen zu müssen. Angesichts der tausendfachen Gewaltbereitschaft in Berlin und Hamburg kann von einem friedlichen 1. Mai kaum gesprochen werden. Auch dann nicht, wenn es in der Vergangenheit schon schlimmere gegeben hat. Das Einsatzkonzept der Polizei – Kommunikationsbereitschaft, um den friedlich artikulierten Anliegen der Demonstranten Raum und Gehör zu verschaffen aber Kompromisslosigkeit im Einschreiten gegen Straftaten – ist kaum noch verbesserbar. Jetzt ist die Gesellschaft, ist die Politik am Zuge.

  
Bernhard Witthaut  
GdP-Bundesvorsitzender

## Zu: Aus den Augen, aus dem Sinn

Anfang April feierte ich meinen 65. Geburtstag, also bin ich auch schon vor fünf Jahren in den Ruhestand getreten.

Das Verhältnis zu den aktiven Kollegen kann ich immer noch als prima bezeichnen. Ein freundlicher Gruß bei Vorbeifahren, beim Begegnen ein kleiner Plausch über vergangene Zeiten.

Es ist auch eine Frage, wie man den Kontakt zu den ehemaligen Kolleginnen und Kollegen pflegt.

Ich war in den fünf vergangenen Jahren einige Male in der ehemaligen Wache und habe meine ehemaligen Mitstreiter besucht. Ebenso kam der Gegenbesuch zu Hause, bei einem Kaffee und einem Austausch von Neuigkeiten.

Also bleibt man immer in der neuesten Lage. Es stimmt schon, dass durch die Strukturen alles durch einander gewürfelt wurde und bald einer den anderen nicht mehr kennt.

Die älteren Kolleginnen und Kollegen gehen nach und nach in den verdienten Ruhestand und werden durch jüngere ersetzt, welche logischerweise die älteren nicht mehr kennen. Auch die Dienstvorgesetzten wechseln oftmals. Anfang des Jahres wurde ich, mit Ehefrau, zu einem Kollegen eingeladen, welcher in den Ruhestand versetzt wurde, zur privaten Feier. Da ich viele Kolleginnen und Kollegen im Präsidialbereich kenne, egal wo, es werden beim Treffen, immer einige freundliche Worte gewechselt.

Ich möchte mich auch hiermit beim Kollegen Abraham von der GdP Kreisgruppe Uckermark sowie beim Seniorenvorsitzenden Wolf bedanken für die Glückwünsche sowie dem Präsent anlässlich meines 65. Geburtstages.

Die gute Organisation der Kreisgruppe Uckermark der GdP bei Veranstaltungen, Treffen und Ausflügen trägt viel dazu bei, das der Zusammenhalt gerade er in den Ruhestand versetzten Kolleginnen und Kollegen sich nicht verliert sondern festigt. **Manfred Giese, Angermünde**

## Zu: Beurteilungen im Polizei-vollzugsdienst, DP 4/12

Dazu muss ich anmerken, dass es nicht nur eine Gleichstellung der Geschlechter gibt. Nach 24 Jahren Schichtdienst hatte ich eine Grippe und war danach Diabetiker. Ich wurde in einen versetzten



Tagesdienst umgesetzt. Die Schwerbehinderung wurde aufgrund von Diabetes und eines Dienstunfalles anerkannt. Um dem Risiko einer vorzeitigen Zuruhesetzung zu entgehen, war ich gezwungen die Altersteilzeit im Blockmodell zu wählen. Es handelt sich dabei um eine Form der Teilzeitarbeit.

Die Beurteilungen fielen dann so aus, dass keine Beförderung möglich war. So werde ich voraussichtlich am Ende meiner Laufbahn mit A 9 ohne Zulage in den Ruhestand verabschiedet. Offensichtlich ist nicht bekannt, dass die Behinderungen und die Teilzeit keine Nachteile auf eine mögliche Beförderung haben dürfen oder es steckt Absicht dahinter. Insgesamt muss ich mit Einkommenseinbußen von ca. 150.000 Euro leben, wenn man die Nachteile im aktiven Dienst und in der Ruhegehaltsphase grob schätzt.

Das Projekt „Beurteilung im Polizeivollzugsdienst-Gewährleistung der Gleichstellung der Geschlechter“ ist sicher angebracht, aber es gibt noch die Gruppe der Schwerbehinderten in Teilzeit im Polizeivollzugsdienst die sehr wohl auch einer näheren Betrachtung bedürfte. Die Anzahl der Betroffenen wird klein sein aber die Ergebnisse wären interessant. **Werner Vollmar, Leutkirch**

### Zu: Sichere Straßen auch für schwache Verkehrsteilnehmer, DP 4/12

Als Radarmesskontrollleur der Polizei habe ich in über 32 Dienstjahren oft erlebt, dass Kfz-Sachverständige, die vom Amtsgericht als Gutachter beauftragt wurden, nur über mangelnde Sachkenntnisse verfügten.

Alte Gutachten werden mit neuen Daten und Fotos, oft sehr umfangreich, „abgekupfert“. Neue Zulassungsvorgaben des Herstellers und der PTB werden nicht berücksichtigt oder sind nicht bekannt.

Seit 1995 habe ich über 1.000 kommunale Messkontrollleure, Polizeibeamte und Sachverständige im Auftrag des weltgrößten Geräteherstellers, Fa. JENOPTIK Robot GmbH, Monheim bundesweit geschult und zertifiziert.

Oft wurde mir nach Abschluss der Seminare von Kfz-Sachverständigen bestätigt, dass sie zum ersten Mal an einem entsprechenden Fachseminar teilgenom-

men haben, da die Ausbildung zum Kfz-Sachverständigen diese Bereiche nicht schult.

Ist es dann ein Wunder, dass ca. 50 Prozent aller Geschwindigkeitsgutachten, nach meiner persönlichen Erfahrung, zum Teil mit erheblichen Mängeln behaftet sind?

**Gerd Thye, Sachverständiger für Verkehrsmesstechnik**

### Zu: Fußball-Europameisterschaft

Ich höre den Aufschrei unserer Kolleginnen und Kollegen gegen die Forderung unseres Vorsitzenden des Kollegen Witt Haut, die Europameisterschaft im Fußball notfalls nach Deutschland zu verlegen. Ich meine die Forderung ist richtig, wenn in einem Land wo die Spiele stattfinden sollen, Menschen drangsaliert und gefoltert werden, dann ist es Zeit, dass die Welt reagiert. Wir wollen doch alle Demokraten sein, so ist die Forderung in meinen Augen erforderlich und richtig. Nicht weit vom Austragungsort der Spiele wird aus politischen Gründen gefoltert und nur wenige Kilometer entfernt werden Fußballspiele gefeiert. Man gibt sich die Hand, als sei nichts geschehen.

Natürlich würden viele Überstunden für die Polizei anfallen bei den Stärken in den Ländern. Da sieht man mal wieder wie die Politik seit Jahren gegen die Polizei verfährt, in dem immer mehr Stellen abgebaut werden. Diesen Anfall von Überstunden habe ich in meiner langjährigen Dienstzeit bei der Berliner Polizei erlebt. Die Unruhen der damaligen APO in den 60er-Jahren forderten uns auch sehr heraus. Wir waren manchmal 15 bis 20 Stunden im Einsatz, ohne Garantie die Stunden abzubummeln oder gar bezahlt zu bekommen. Es musste halt sein, die Polizei hat für die Sicherheit zu sorgen und so haben wir es ertragen, ob es uns gefallen hat oder nicht.

Also Kolleginnen und Kollegen geht in Euch, es ist für einen demokratischen Staat erforderlich Stärke zu zeigen.

Also Kollege Withaut lass Dich nicht von Deiner Forderung abbringen, vielleicht dient es Dir auch für Deine Forderung auf Stärkung unserer Kolleginnen und Kollegen.

**Horst Geier, Edemissen**

### Zu: Lachnummer, DP 4/12; Tarifaabschluss, DP 5/12

Die Lohnverhandlungen sind eine Lachnummer für die Beamten ab A12, denn die Herren leben wie die Maden im Speck. Dieser Verhandlungsausgang ist ein Schlag ins Gesicht für alle Beamten bis A9, Angestellte, Arbeiter und Tarifbeschäftigte. Ich war 15 Jahre im öffentlichen Dienst (7 Jahre Bundesamt und 8 Jahre Kraftfahrer bei B6S/Ulm).

Wir Tarifbeschäftigte haben abgeschlossene Berufsausbildungen und viele Jahre Berufserfahrung mit Führerscheinklasse II und Fahrpraxis.

Beim Bundesamt waren jährlich bis zwei Fortbildungen.

Bei B6S nicht eine Fortbildung in acht Jahren.

Es wurden Lohnkürzungen vorgenommen, vom B6S Amt Stuttgart.

Das sind Hungerlöhne für Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst.

Wenn ein Arbeiter oder Angestellter von einer Vollzeitarbeit bei B6S nur 0,92 Rentenpunkte erreicht, für eine Durchschnittsrente von 1.200 Euro aber 1 Rentenpunkt braucht, bleibt er auch im Rentnerleben in Armut.

Rentenerhöhungen von 2,15 Prozent ist eine Schande für Niedriglöhne, da bleibt nicht viel für ein würdiges Rentnerleben. Mit Urlaub und Wellness wie bei den Beamten. Das Arbeitsvolk wird heute wie vor hunderten von Jahren unterdrückt und gemobbt. Es grüßt ein vom Sozialstaat betrogener Rentner nach 46 Jahren Arbeit. **Siegfried Weber, Krumbach**

*Fortsetzung auf Seite 36*

*Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.*

#### Kontakt zur Redaktion:

**GdP-Bundesvorstand  
Redaktion Deutsche Polizei  
Stromstraße 4  
10555 Berlin  
Tel.: 030/39 99 21-113  
Fax: 030/39 99 21-200  
E-Mail:  
gdp-redaktion@gdp-online.de**



## 3. GDP-VERKEHRSFORUM

# Tödliches Risiko: Rausch am Steuer

**Mit einem umfangreichen Maßnahmen-Katalog als Forderung an die Verkehrspolitik will die Gewerkschaft der Polizei das Unfallrisiko durch Fahrten unter dem Einfluss von Alkohol, Drogen und Medikamenten mindern. Unter dem Motto „Verbotene Stoffe im Straßenverkehr“ erarbeiteten rund 100 Verkehrsexpertinnen und -experten aus dem gesamten Bundesgebiet auf dem 3. Verkehrsforum der Gewerkschaft der Polizei (GdP) am 24. und 25. April 2012 praxistaugliche Empfehlungen für den Kampf gegen das tödliche Risiko: Rausch am Steuer. So sollen unter anderem Medikamentenpackungen mit deutlich lesbaren Warnhinweisen versehen werden, wenn die Wirkstoffe die Fahrtüchtigkeit negativ beeinflussen. Auch eine generelle Senkung der Promillegrenzen für Auto- und Radfahrer wurde angemahnt. Meist im Internet zu beschaffende legale Substanzen mit Cannabis ähnlicher Wirkung sollten in das Betäubungsmittelgesetz aufgenommen werden.**

**K**ontrovers und intensiv hatten die GdP-Verkehrsexpertinnen und -experten in vier Arbeitskreisen um das Für und Wider verschiedenster Positionen zu präventiven wie repressiven Maßnahmen gegen Fahrten unter dem Einfluss von Alkohol, Drogen und Medikamenten und der Beweisführung vor Ort gerungen.

Teils wurde der vorgegebene Zeitplan der Veranstaltung schlicht ignoriert, um noch im Detail an den Formulierungen der Empfehlungen zu feilen. GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut dankte den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Verkehrsforum für die konzentrierte Arbeit. Es sei Tradition der GdP, sich den fachlichen Rat der Praktiker zu sichern.

In der politischen Durchsetzung helfe nun einmal nicht der Ruf aus dem Elfenbeinturm, sondern das plastische Beispiel aus dem Alltag, so Witthaut.

Frank Richter, stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender und für Verkehrspolitik zuständiges Mitglied des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstandes, hatte zu Beginn des Verkehrsforums gleich eine klare Marschrichtung vorgegeben. Richter: „Hinter jedes Lenkrad gehört ein klarer Kopf. Wer durch Alkohol, Drogen oder Medikamente seine Fahrtüchtigkeit beeinträchtigt, setzt das Leben anderer und das eigene aufs Spiel. Dieser Gefahr kann nur mit nachhaltiger Aufklärung und einem hohen Entdeckungsrisiko, verbunden mit empfindlichen Strafen, wirksam begegnet werden.“

## Reizwort Anordnungs-kompetenz

Die Frage des Umgangs mit verbotenen Stoffen im Straßenverkehr, so Richter weiter, sei indes alles andere als eine neue He-



*Engagiertes Ringen um wirksame Empfehlungen. In vier Arbeitskreisen debattierten rund 100 GdP-Verkehrsexperten das „Tödliche Risiko: Rausch am Steuer“  
Foto: GdP/Stiebitz*



### 3. GDP-VERKEHRSFORUM



**Volles Haus: GdP-Verkehrsexperten erörtern Maßnahmen für eine wirksame Senkung des Unfallrisikos durch Fahrten unter dem Einfluss von Alkohol, Drogen und Medikamenten.** Foto: GdP/Stiebitz

rausforderung. Alkoholmissbrauch dürfte bereits die alten Römer beschäftigt haben. Fatal bleibe, dass das Thema Alkohol in der Unfallstatistik nach wie vor einen prominenten Platz einnehme. Zwar nehme die Zahl der alkoholbedingten Unfälle ab, doch zeichneten sich Alkoholunfälle immer noch durch ihre überdurchschnittliche Schwere aus. Fast jeder zehnte Verkehrstote falle einem Alkoholunfall zum Opfer. Zudem müsse bei Alkoholunfällen aller Wahrscheinlichkeit nach immer noch von einer nicht zu unterschätzenden Dunkelziffer ausgegangen werden. Richter: „In der Statistik landen schließlich nur Fälle, bei denen eine Alkoholisierung durch die Polizei auch tatsächlich festgestellt wird. Ich möchte die Alkoholunfälle ganz bewusst auch in den Zusammenhang mit einem anderen Unfalltyp stellen: Überhöhte Geschwindigkeit ist der Killer Nummer 1 auf deutschen Straßen. Über die Hälfte aller Alkoholunfälle sind sogenannte Fahrunfälle, bei denen der Fahrzeugführer ohne Zutun Anderer die Kontrolle über sein Fahrzeug verliert. Im Unfallbericht steht dann: nicht angepasste Geschwindigkeit.“

Aber selbst, wenn der betrunkene Fahrer gestoppt wurde, so der stellvertretende GdP-Bundsvorsitzende weiter, ende die Problemkette nicht. Alkoholunfälle liefen



**(v.l.) Prof. Klaus-Dieter Scheuerle, Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Landespolizeidirektor Udo Weiss, Direktionsleiter Verkehr im Polizeipräsidium Münster und Polizeidirektor Martin Mönninghoff, Leiter des Fachbereichs „Polizeiliche Verkehrslehre an der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster.** Foto: GdP/Stiebitz



### 3. GDP-VERKEHRSFORUM



**Frank Richter, stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender und für Verkehrspolitik zuständiges Mitglied des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstandes, eröffnete das GdP-Verkehrsforum: „Hinter jedes Lenkrad gehört ein klarer Kopf“.**  
Foto: GdP/Stiebitz

nämlich in der zeitlichen Verteilung gegen den Trend: Zwischen 22 Uhr abends und 6 Uhr morgens ereigneten sich zwar lediglich 9,2 Prozent aller Verkehrsunfälle, doch fast die Hälfte aller Alkoholunfälle. Richter: „Aus polizeipraktischer Sicht wirft das ein Problem auf. Der normale Richter – und es sei ihm gegönnt – schläft um diese Zeit. Von praktischer Bedeutung ist dann aber die Frage der Gewinnung gerichtsfester Nachweise. Das Reizwort für Polizisten lautet hier: Richterliche Anordnungs-kompetenz.“

#### Kontrolldichte erhöhen

Als zynisch bezeichnete Richter Kampagnen der ein oder anderen Landesregierung, die zwar weiterhin große Plakate an den Autobahnen aufhängten, die auf die Gefahren von Alkohol am Steuer hinwiesen, gleichzeitig aber durch Einsparungen bei der Polizei dafür sorgten, das Entdeckungsrisiko faktisch zu senken. Richter: „So sehen Placebos aus. Das hat mit verantwortungsbewusster Verkehrssicherheitsarbeit nichts zu tun. Ich wage zu behaupten, dass der überwiegenden Mehrheit derer, die sich unter Alkoholeinfluss ans Steuer eines PKW setzen, ziemlich klar ist, dass das eigentlich nicht o.k. ist. Die machen das trotzdem und die werden das nur lassen, wenn sie erwischt werden.“

Auch wenn die Forderung nach einer Stärkung der polizeilichen Verkehrsüber-

wachung nicht ausdrücklich Einzug in jede Empfehlung fand, so schwang die Kritik an der fortlaufenden Ausdünnung der polizeilichen Verkehrsdienste in den Debatten und Diskussionen zu jeder Zeit mit. Richter: „Polizei produziert Verkehrssicherheit. Das sabotieren die Haushälter in den Ländern, wenn sie weiter die Sparschraube anziehen.“ Und nicht nur bei der Überwachung klafften große Personallücken. Wenn es zum Unfall komme, erwarteten Bürgerinnen und Bürger kompetente und schnelle Hilfe durch die Polizei. Dazu gehöre auch die Erleichterung einer gerichtsfesten Beweisführung vor Ort. Wie lange, so der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende, wolle sich die Politik angesichts der steigenden Zahl von Verkehrstoten und sinkender Moral auf deutschen Straßen diesem Sicherheitsproblem noch entziehen?

#### Kontaktpflege

Antworten darauf erwarteten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Verkehrsforums von Prof. Klaus-Dieter Scheuerle, Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, der ein Grußwort des Bundesverkehrsministers Peter Ramsauer überbrachte. Prof. Scheuerle selbst ging zur Enttäuschung des Plenums auf die vom stellvertretenden GdP-Bundesvorsitzenden genannten Kritikpunkte nur oberflächlich ein. Er zeigte sich neugierig über den weiteren Verlauf des GdP-Verkehrsforums und die Empfehlungen, die die vier Arbeitskreise zum Thema „Verbotene Substanzen im Straßenverkehr“ erarbeiten würden. Er betonte jedoch, dass es Bundesverkehrsminister Ramsauer weiter daran gelegen sei, den Kontakt mit der GdP zu pflegen und zu intensivieren. Es gebe zahlreiche Berührungspunkte zwischen Polizei und Verkehrsministerium. Beeinflusst würde die Arbeit des Ministeriums aber stets von der Finanzierbarkeit der Maßnahmen. Einer weiteren Maut wollte Prof. Scheuerle allerdings nicht das Wort reden.

Verbotene Substanzen im Straßenverkehr, so der Staatssekretär weiter, seien ein schwieriges Thema. Es sei richtig und wichtig, dass sich die GdP des Themas annehme, doch müsse man über den nati-

onalen Tellerrand hinausschauen. So stehe bereits im Zentrum des EU-weiten, in Deutschland bei der Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt) integrierten Forschungsprojekts DRUID der Einfluss von Drogen, Alkohol und Medikamenten auf die Fahrtüchtigkeit und damit auf die Verkehrssicherheit. DRUID, so die BASt in einer Projektbeschreibung, bringe die erfahrensten Organisationen und Forscher aus ganz Europa zusammen. Das auf vier Jahre angelegte Projekt mit einem Budget von etwa 25 Millionen Euro werde von der Bundesanstalt für Straßenwesen koordiniert. Über 30 Organisationen und Fachleute aus 18 europäischen Ländern arbeiteten zusammen, um neue Erkenntnisse zum tatsächlichen Grad der Beeinträchtigung von Kraftfahrern durch psychoaktive Drogen und ihren Einfluss auf die Straßenverkehrssicherheit zu gewinnen. Ziel sei es, vorhandene Wissenslücken zu schließen und eine solide Grundlage für harmonisierte, EU-weite Vorschriften über das Fahren unter Alkohol-, Dro-



**Prof. Klaus-Dieter Scheuerle, Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, zeigte sich in seinem Grußwort neugierig auf die Experten-Empfehlungen.** Foto: GdP/Stiebitz

gen- und Medikamenteneinfluss zu bilden. Zudem würden in bestimmten Bereichen Empfehlungen für entsprechende Maßnahmen wie beispielsweise Rehabilitation, Überwachung und Klassifikation von Medikamenten erarbeitet.

Prof. Scheuerle warb für die von Bundesverkehrsminister Ramsauer angescho-bene Reform des Flensburger Punkte-katalogs. Das alte Format sei nicht mehr zeitgemäß, teils wäre es unüberschaubar. Manche Folgen seien für Kraftfahrer nicht absehbar. Zudem gebe es einen Wildwuchs an Ausnahmeregelungen. Von der Reform erwarte das Ministerium mehr Transparenz und Akzeptanz. Dabei helfe beispielsweise



### 3. GDP-VERKEHRSFORUM



**Angeregte Experten-Debatte im Arbeitskreis: Ute Hammer, Geschäftsführerin des Deutschen Verkehrssicherheitsrats e. V. (DVR), legte den Fokus auf ein generelles Alkoholverbot am Steuer. Landespolizeidirektor Udo Weiss kritisierte den hohen Promille-Grenzwert für Radfahrer.** Fotos: GdP/Stiebitz

eine Neugestaltung der Tilgungsrichtlinien. Die Reformvorschläge Ramsauers waren bei der GdP (DP berichtete in der Mai-Ausgabe) auf deutliche Kritik gestoßen.

#### Promillegrenzen senken

Zur Sache ging es dann in den vier Arbeitskreisen (AK). Unter der Leitung von Polizeihauptkommissar Reinhard Leuker, Fachlehrer für Verkehrsrecht im Landes-

amt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei NRW in Neuss, erörterte der Alkohol-Arbeitskreis die Problemstellung „Alkoholgrenzwerte im Straßenverkehr – Sind die geltenden Alkoholgrenzwerte im Straßenverkehr noch zeitgemäß?“ vor. PHK Leuker zielte dabei zunächst auf die Frage ab, ob so viele und deutlich unterschiedliche Promillegrenzen auf deutschen Straßen benötigt würden? Die Promillegrenzen im Deutschen Verkehrsrecht bewegten sich von

#### Arbeitskreis I Alkoholgrenzwerte im Straßenverkehr

1. Der AK 1 unterstützt die Forderung des DVR  
Neufassung des § 24 a Abs. 1 StVG  
„Kein Alkohol am Steuer“:  
„Ordnungswidrig handelt, wer im Straßenverkehr ein Kraftfahrzeug führt, obwohl er unter der Wirkung alkoholischer Getränke steht.“  
Ahndung ab 0,2 Promille.

Folge:  
Aufhebung des § 24 c StVG.  
Anpassung an den § 24 a StVG der speziellen Rechtsbereiche PBefG und GGBefG.

2. Herabsetzung des Grenzwertes der absoluten Fahruntüchtigkeit für Fahrradfahrer von 1,6 auf 1,1 Promille.

3. Einführung eines Ordnungswidrigkeitstatbestandes für alkoholisierte Fahrradfahrer ab 0,8 Promille.

4. Die Politik wird dringend aufgefordert, die allseits geforderte Erhöhung der Entdeckungswahrscheinlichkeit durch Bereitstellung der dazu notwendigen Ressourcen zu ermöglichen.



### 3. GDP-VERKEHRSFORUM

0,0 Promille bis über 1,5 Promille. Welchem Verkehrsteilnehmer sei dies schon bewusst. Den Verfechtern einer strikten 0,0-Promillegrenze nahm PHK Leuker direkt den Wind aus den Segeln. Nicht leicht sei es natürlich, den absoluten 0-Wert einzuhalten, da auch in Speisen Alkohol verarbeitet werde. Selbst Medikamente würden mit Alkohol haltbar gemacht. Er schlug vor, Promillegrenzen generell zu senken und für Führer aller Fahrzeugarten zu vereinheitlichen.

Die den jeweiligen Arbeitskreisen zugeteilten Impulsgeber hatten im Anschluss die Möglichkeit, den nun etwa 25-köpfigen Expertenkreis auf ihre Seite zu bringen. Pro-Anwalt Landespolizeidirektor Udo Weiss, Direktionsleiter Verkehr im Polizeipräsidium Münster, hatte sich vor allem betrunkene Radfahrer vorgenommen. Der Grenzwert von 1,6 Promille für Radler sei zu hoch. Der Verkehrssituation werde das nicht mehr gerecht. Es sei keine neue Erkenntnis, dass bereits bei 1,3 Promille eine Leistungseinbuße von 82 Prozent vorliege. Weiss: „Das Fahrrad ist ein gleichwertiges Verkehrsmittel, mit allen Rechten, aber auch Pflichten. Europaweit sterben im

halten fördern würde. Der Gesetzgeber macht damit deutlich, dass er ein Heran-Trinken an eine Promillegrenze keinesfalls tolerieren möchte“.

hung der Entdeckungswahrscheinlichkeit durch Bereitstellung der dazu notwendigen Ressourcen zu ermöglichen.



Straßenverkehr genauso viel Radfahrer wie Motoradfaher. Die Dunkelziffer der in einem Krankenhaus eingelieferten verletzten Radfahrer ist dreimal höher als das Hellfeld.“

#### Kein Heran-Trinken mehr

Seine Kontrahentin Ute Hammer, Geschäftsführerin des Deutschen Verkehrssicherheitsrats e. V. (DVR), legte den Fokus auf ein generelles Alkoholverbot am Steuer. Hammer: „Durch ein solches Alkoholverbot käme man hinsichtlich der in Deutschland zurzeit geltenden vielen unterschiedlichen Ahndungs-Grenzwerte zu einer Klarheit, die auch richtiges Ver-

**Drogen am Steuer:** Theo Pütz (r.) vom **Beratungs-Netzwerk-Fahreignung B-N-F in Berlin** fragte: „Ist die derzeitige Rechtspraxis geeignet, verhältnismäßig und zielführend, um das Nüchternheitsgebot zu vermitteln und durchzusetzen?“ **AK-Leiterin POK'in Nadine Hauptmann, Fachlehrerin für Verkehrsrecht am Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei NRW und der Staatsanwalt Jörn Patzak aus Trier sahen „Legal Highs“ als sehr problematisch an.** **Fotos: GdP/Stiebitz**

Diesem Argument wollte sich der Arbeitskreis nicht verschließen und unterstützte die Forderung des DVR. Die Expertinnen und Experten empfahlen eine Neufassung des Paragraphen 24 a Abs. 1 des Straßenverkehrsgesetzes (StVG). Ordnungswidrig handele, wer im Straßenverkehr ein Kraftfahrzeug führt, obwohl er unter der Wirkung alkoholischer Getränke stehe. Eine Ahndung solle ab 0,2 Promille einsetzen. Doch auch LPD Weiss konnte punkten. So stimmte der Arbeitskreis für die Herabsetzung des Grenzwertes der absoluten Fahruntüchtigkeit für Fahrradfahrer von 1,6 auf 1,1 Promille. Weiterhin solle ein Ordnungswidrigkeitentatbestand für alkoholisierte Fahrradfahrer ab 0,8 Promille eingeführt werden.

Der Arbeitskreis forderte die Politik dringend auf, die allseits geforderte Erhö-

#### Arbeitskreis II Drogen im Straßenverkehr

Das Führen von Fahrzeugen unter der Wirkung von psychoaktiven Substanzen birgt ein hohes Gefahrenpotential.

1. „Legal Highs“ sollten durch die Unterstellung von Stoffgruppen im BtMG aufgenommen werden.

2. Die Nachweisbarkeit dieser „Legal Highs“ durch Untersuchungs-labore und die Herstellung und Erprobung von einfach handhabbaren und praktikablen Schnelltests sollte vorangetrieben werden.

3. Die Aus- und Fortbildung von Polizeibeamten in der Erkennung von Fahrzeugführern unter der Wirkung von psychotropen Substanzen sollte bundesweit einheitlich auch unter Einbindung neuer Medien (Extrapol) weiter verstärkt werden.

4. Verpflichtende Präventionsarbeit in Bezug auf die Folgen des Konsums und die Auswirkung von psychotropen Substanzen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen (insbesondere in Fahrschulen).



### 3. GDP-VERKEHRSFORUM

#### Problem „Legal Highs“

„Ist die Polizei gerüstet, Fahrzeugführer, die Drogen eingenommen haben, hinreichend sicher festzustellen? fragte sich der zweite Arbeitskreis „Drogen im Straßenverkehr“. Für den stellvertretenden GdP-Bundesvorsitzenden Frank Richter sind Drogen, im Sinne von illegalen Rauschmitteln, wie der Alkohol ebenfalls keine neue Erscheinung, schränkte aber ein: soweit es um die klassischen Drogen ginge. Mit den sogenannten Designerdrogen kämen immer neue Ab-



**Konzentriert: Die GdP-Verkehrsexperten sammeln Argumente für die Diskussionen in den Arbeitskreisen.**  
Fotos: GdP/Stiebitz

wandlungen bekannter Stoffe, aber auch ganz neue Stoffklassen auf die Polizei zu. Gleichzeitig entwickelten sich diese Drogen sehr schnell. „Wir haben hier mit einem neueren Phänomen zu tun, das uns als Praktiker vor allem vor ein beweistechnisches Problem stellt.“

AK-Leiterin Nadine Hauptmann, Polizeioberkommissarin und Fachlehrerin für Verkehrsrecht am Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei NRW in Neuss brachte die Problematik gleich auf den Punkt. „Circa 300.000 Deutsche nehmen harte Drogen. Cannabis rauchen rund 2,5 Millionen. Etwa jede Minute krachte es durchschnittlich auf Deutschlands Straßen, weil der Fahrer ein Gläschen zu viel getrunken, ein Tütchen geraucht oder sich mit harten Drogen aufgeputzt hatte.“ Doch, so POK'in Hauptmann, nicht die Anzahl der Drogenkonsumenten stieg so drastisch an, der Anstieg der Fallzahlen sei das Resultat verbesserter Erkennungsmethoden und Testverfahren.

Wer dagegen haushaltsübliche Reinigungsmittel konsumiere, habe nichts zu befürchten. Darauf setzten Chemiekonzerne aus China und den USA und

verdienten auf dem deutschen Markt viel Geld. Hauptmann: „Der Versuch, die Substanzen zu verbieten, scheiterte bis jetzt. Immer dann, wenn Gesetze die neuen Stoffe auf den Index gesetzt haben, gibt es schon wieder etwas Neues, etwas, das von den Betäubungsmittelgesetzen nicht erfasst ist und sich unberechenbar auf die meist sehr jungen, experimentierfreudigen Konsumenten auswirkt.“

#### Seife klärt besser auf

Da jede Seife besser über ihren Inhalt informiere als die „Legal herbal party pills head shops“, die mit den Mischungen angeblich eine Gewinnspanne von 250 Prozent erzielen, wichen die Konsumenten auf Erfahrungsberichte aus. „Perfekt für Festivalsaison – echter Rausch ohne irgendeine verbotene Substanz“ oder „Völlige Euphorie und ungläublicher Sex! Garantiert!“, mit Werbesprüchen wie diesen werben die Headshops

im Netz um die jungen Kunden. Mit den ‚üblichen‘ Drogenvortesten würden die Stoffe nicht erfasst. Die Kolleginnen und Kollegen auf der Straße könnten diese Substanzen oft nicht erkennen. Dies stelle für alle Verkehrsteilnehmer ein enormes Gefahrenpotenzial dar.

Pro-Anwalt Jörn Patzak, Staatsanwaltschaft Trier, sah die sogenannten „Legal Highs“, also Kräutermischungen, Badesalze, Lufterfrischer und ähnliches auch als neue Herausforderungen für die Strafverfolgungsbehörden und den Gesetzgeber. Patzak: „Für Polizei und Justiz besteht die Schwierigkeit, dass gegen Verkäufer von „Legal High-Produkten“ mit dem bewährten Betäubungsmittelgesetz (BtMG) häufig nicht vorgegangen werden kann.“ Die Strafverfolgungsbehörden seien aber, so der Trierer Staatsanwalt, nicht machtlos. „Legal Highs“ mit psychoaktiv wirkenden Zusätzen würden als sogenannte Funktionsarzneimittel unter das Arzneimittelgesetz (AMG) fallen, auch wenn sie keine Betäubungsmittel nach dem Betäubungsmittelgesetz (BtMG) seien. Die Strafbarkeit ergebe sich aus dem Inverkehrbringen von bedenklchen Arzneimitteln. Ermittlungen wären daher möglich. Für eine effektive




**COP® Specials Mai / Juni 2012**
Gültig vom 20.04. - 30.06.12

**NEU! COP® Shop in Frankfurt am Main**  
Schloßstr. 83/Bockenheim, Tel. 069-71918125

**NEU! COP® Partner in Dortmund**  
Westenhellweg 122, Telefon 0231-162357

**FRANKFURT**

**DORTMUND**

**1 Stiefel Under Armour Tactical Valsetz**  
Art.-Nr. UA1224003-Größe US (schwarz)  
Art.-Nr. UA1224003B-Größe US (beige)  
Farbe: schwarz und beige  
Größen: US 8 - 13, 14 (EU 41 - 48,5)  
Sportlicher leichter Stiefel von Under Armour® mit Mesh-Material (nicht wasserdicht)  
Dämpfung: 6 mm Cartilage Gel Einsatz.

**Aktionspreis\*\***  
€ 99,90  
statt 129,90\*



US-Größe an die Artikelnummer anfügen

Größe US	8	8,5	9	9,5	10	10,5	11	11,5	12	12,5	13	14
Größe EU	41	42	42,5	43	44	44,5	45	45,5	46	47	47,5	48,5

**2 Halbschuh Under Armour Tactical Mirage**  
Art.-Nr. UA1201539-Größe US  
Farbe: schwarz  
Größen: US 8 - 15 (EU 41 - 49,5)  
Sportlicher leichter Einsatzschuh von Under Armour® mit 6 mm Cartilage Gel Dämpfung.

**Aktionspreis\*\***  
€ 69,90  
statt 89,90\*



Größe US	8	8,5	9	9,5	10	10,5	11	11,5	12	12,5	13	14	15
Größe EU	41	42	42,5	43	44	44,5	45	45,5	46	47	47,5	48,5	49,5

**3 traser® H3 Armbanduhr P6600 MIL-G Shadow**  
Art.-Nr. 560P6600  
Farbe: schwarz; Durchmesser 45mm  
Stärke: 12mm  
Gewicht: 80 g mit Rubberarmband  
Aussengehäuse glasfaserverstärkter Kunststoff, Innengehäuse Stahlcontainer  
• Uhrwerk: 517.6 DD Quarz,  
• PVD-beschichtete drehbare Stahlkrone mit grauen Ziffern  
• Mineralglas K1  
• Wasserdichtigkeit 200m/20 bar,  
• Rubberarmband

**Aktionspreis\*\***  
€ 239,90  
statt 279,90\*



Mit selbstleuchtenden trigalight®-Einlagen

**4 Einweghandschuttsache COP® 1100**  
Art.-Nr. 21100  
Farbe: schwarz; Material: 900D Polyester  
Hochwertige Gürteltasche für Einweghandschuhe mit zwei getrennten Fächern für je ein Paar Einweghandschuhe sowie Einsatzhandschuhe, die quer im Holster getragen werden.

**Aktionspreis\*\***  
€ 7,90  
statt 12,90\*\*



\*\*\* ehemaliger Verkaufspreis

Lieferung ohne Handschuhe

**5 Tactical T-Shirt Under Armour® HeatGear® Full Tee**  
Art.-Nr.: UA10053845-Größe (schwarz)  
Art.-Nr.: UA1005384N-Größe (navy)  
Art.-Nr.: UA1005384B-Größe (beige)  
Art.-Nr.: UA1005384O-Größe (oliv)  
Farben: schwarz, oliv, navy, schwarz  
Größen: S - 3XL; Material: 100% Polyester.  
Kurzürmeliges, hochfunktionelles Funktions-shirt mit HeatGear® Technologie.

**Aktionspreis\*\***  
€ 19,90  
statt 29,90\*



LOOSE

**6 Under Armour® Tactical "BFL" HeatGear® Basecap**  
Art.-Nr.: UA1219732-S (schwarz)  
Art.-Nr.: UA1219732-O (oliv)  
Farben: schwarz und olivgrün  
Größe: Einheitsgröße - stufenlos verstellbar  
Material: 100% Polyester. Auf der Vorderseite ein großer Druck des Under Armour® Logo hinterlegt mit den Farben der U.S. Flagge. Mit verstellbarem Klettband für die Größenanpassung.

**Aktionspreis\*\***  
€ 15,90  
statt 24,90\*



Gezeigt ist nur ein Auszug aus unserem Angebot an über 300 Rest- u. Sonderposten sowie II. Wahl Artikeln, Preise bis zu 80% reduziert. Zu finden unter der Rubrik: Angebote/Restposten auf [www.cop-shop.de](http://www.cop-shop.de)



COP Vertriebs-GmbH · Klenauer Straße 1a · 86561 Oberweilenbach · Germany  
Telefon +49(8445)9296-0 · Fax +49(8445)9296-50 · E-Mail service@cop-gmbh.de

[www.cop-shop.de](http://www.cop-shop.de)

\*\*Angebote / Aktionspreis gültig vom 20. April bis 30. Juni 2012 \* Frühere unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers.

### 3. GDP-VERKEHRSFORUM



das Abschreckungspotential des BtMG, nach dem der gewerbsmäßige Handel mit Betäubungsmitteln mit einer Freiheitsstrafe zwischen 1 und 15 Jahren geahndet werden kann.“ Staatsanwalt Patzak plädierte insofern konsequent dafür, die den Legal Highs zugesetzten psychoaktiv wirkenden Stoffe als Betäubungsmittel im Sinne des BtMG einzustufen.

#### Praktikable Schnelltests

Schon mit der Fragestellung des Arbeitskreises „Drogen im Straßenverkehr“ unzufrieden zeigte sich Kontra-Anwalt Theo Pütz vom Beratungs-Netzwerk-Fahreignung B-N-F in Berlin. „Ist die derzeitige Rechtspraxis geeignet, verhältnismäßig und zielführend, um das Nüchternheitsgebot zu vermitteln und durchzusetzen?“ fragte er, um darauf aufmerksam zu machen, dass durch die Zunahme von Drogenkontrollen im Straßenverkehr, Schulungsprogramme und der immer feiner werdenden Messverfahren, die Aufdeckung von „Drogenfahrten“ in den letzten Jahren rapide angestiegen sei. Bedeutend positive Auswirkungen auf die Unfallsta-

teile das Gefahrenpotenzial alleine aus dem rechtlichen Status ab und unterstelle schon eine für die Verkehrssicherheit negative Wirkung, sobald eine Substanz im Blut nachgewiesen werde. Diese Diskrepanz zwischen den analytischen Grenzwerten und einer merkbaren Wirkung allein führe schon zu Unverständnis, da den Betroffenen eine Missachtung des Nüchternheitsgebotes vorgeworfen werde, ohne dass eine Wirkung vorgelegen haben müsse: „Die derzeitige Rechtspraxis führt auch dazu, dass Betroffene oder auch potenziell Betroffene auf vermeintlich legale Mischungen, eben „Legal Highs“, ausweichen, weil sie unter anderem nicht nachweisbar sind,“ so Pütz.

Nach hitziger Debatte empfahlen die Verkehrsexperten „Legal Highs“ durch die Unterstellung von Stoffgruppen in das BtMG aufzunehmen. Zudem sollte die Nachweisbarkeit dieser Stoffe durch Untersuchungslabore und die Herstellung und Erprobung von einfach handhabbaren und praktikablen Schnelltests vorangetrieben werden. Verbesserungsbedarf wurde in der Aus- und Fortbildung von Polizeibeamten in der Erkennung von Fahrzeugführern unter der Wirkung von psychotropen Sub-



**Unterschätztes Risikopotenzial? Eine Klassifizierung von Medikamenten in verschiedene Gefährdungsstufen, verdeutlicht durch ein Ampelsystem auf der Packung, schlug der Arbeitskreis „Medikamente im Straßenverkehr“ vor. Fotos: GdP/Stiebitz**

Strafverfolgung sei das AMG gegenüber dem BtMG aber von Nachteil. Patzak: „Das AMG besitzt mit einem wesentlich geringeren Strafraumen (§ 95 AMG: Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis 3 Jahre) nicht

tistik habe dies bislang allerdings nicht gehabt. Doch, so Pütz: „Die Auswirkungen für die Betroffenen sind hingegen existenzgefährdend und von der Zielsetzung her kaum nachvollziehbar.“ Der Gesetzgeber

stanzen festgestellt. Diese sollte bundesweit einheitlich auch unter Einbindung neuer Medien, beispielsweise Extrapol, weiter verstärkt werden. Abschließend plädierte der Arbeitskreis für eine ver-



### 3. GDP-VERKEHRSFORUM

pflichtende Präventionsarbeit bezüglich der Folgen des Konsums und der Auswirkungen von psychotropen Substanzen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Dies gelte im Besonderen für Fahrschulen.

#### Sorgloser Umgang mit Medikamenten

Die Problematik von Fahrten unter Medikamenteneinfluss stellte innerhalb der Arbeitskreise eher die große Unbekannte dar. GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut: „Wer nur gelegentlich Medikamente einnimmt, verzichtet meist darauf, das Kleingedruckte zu lesen. Dass beispielsweise Schmerz- oder Schlafmittel sich erheblich auf das Fahrverhalten auswirken können, wird häufig übersehen.“ Rund die Hälfte der verschreibungspflichtigen Medikamente, so der GdP-Vorsitzende, wirke sich negativ auf die Fahrtüchtigkeit aus. „Der Fahrer wird zur gravierenden Gefahr für sich und andere.“

Frank Richter ergänzte: „Die Versorgung mit Medikamenten unterschiedlichster Art war für breite Schichten der Bevölkerung noch nie so leicht, wie heute. Auch die Qualität der Medikamente war wohl nie höher. Die Antwort auf die Frage der Verkehrstüchtigkeit hängt dabei gleichzeitig nicht immer nur vom einzelnen Wirkstoff ab. Eine qualifizierte Antwort erfordert die Berücksichtigung einer Reihe weiterer Faktoren: Welche Erkrankung liegt zu Grunde? Welche weiteren Medikamente werden eingenommen?“ Da könne man als pharmazeutischer Laie schon mal durcheinander kommen: Wirkstoffe, die für sich genommen unbedenklich seien, führten in der Kombination durchaus zu kognitiven und reaktiven Einschränkungen.

#### Fluchtweg Tablettenschlucken

So erörterte der AK III „Medikamente im Straßenverkehr“ zunächst die Frage „Ist die Einnahme von Medikamenten durch Führer von Straßenfahrzeugen im Vergleich zu Alkohol und Drogen eher zu vernachlässigen oder bilden sie ein bisher unterschätztes Risikopotenzial?“. Kriminalhauptkommissar Bernhard Arnold, Leiter Zentrum Polizeiliche Prävention im Polizeipräsidium Westpfalz in Kaiserslautern, stimmte den Arbeitskreis auf die folgende Diskussion zunächst mit beeindruckenden Zahlen ein. Nach Schätzungen der Deutschen Hauptstelle (DHS) gegen die Suchtgefahren gebe es zurzeit rund 1,5 Mio. Medikamentenabhängige

in Deutschland. Wegen der hohen Dunkelziffer liege die Zahl der Betroffenen wahrscheinlich wesentlich höher. Sie seien von 205.000 verschiedenen Medikamenten abhängig. Nach Alkohol als Nummer Eins aller suchtvorsachenden Stoffe mit etwa 1,7 Millionen Süchtigen in Deutschland, folgten Medikamente auf Platz Zwei. In weitem Abstand rangierten die harten Drogen mit einer Zahl von zwischen 250.000 und 300.000 Abhängigen. KHK Arnold: „Der Medikamentenmissbrauch hat in den letzten 15 Jahren erheblich zugenommen. Schlucker-Karrieren beginnen im Kindesalter. Wer in der Schule nicht mit- und mit dem Leben nicht klarkommt, braucht Helfer. Ein Fluchtweg heißt Tablettenschlucken.“ Fast ein Drittel der Jugendlichen zwischen zwölf und 17 Jahren greife mehr oder weniger häufig zu Pillen. Unabhängig vom Alter seien vor allem Frauen medikamentensüchtig. Sie stellten den größten Anteil der Abhängigen und seien durchschnittlich dreimal häufiger betroffen als Männer. AK-Leiter Arnold beschrieb zudem eine Studie der französischen Forscherin Ludivine Orriols, nach



**Dank an die Experten:** Es sei Tradition der GdP, sich den fachlichen Rat der Praktiker zu sichern. In der politischen Durchsetzung helfe nun einmal nicht der Ruf aus dem Elfenbeinturm, sondern das plastische Beispiel aus dem Alltag, sagte der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut.

Foto: Michael Zielasko

#### Arbeitskreis III Medikamente im Straßenverkehr

**Einleitung:** Angesichts der zu erwartenden Zunahme der Morbidität in allen Altersgruppen und der steigenden therapeutischen Möglichkeiten nimmt ein großer werdender Teil der Bevölkerung Medikamente ein. Angesichts der Bedeutung von Mobilität in der Gesellschaft birgt dies die Gefahr von Beeinträchtigungen im Straßenverkehr.

Es darf nicht Ziel sein, die Medikamenteneinnahme durch Verkehrsteilnehmer generell zu kriminalisieren. Hauptziel ist die Verkehrsunfallprävention. Ein wirkungsvoller Umgang mit der Thematik erfordert ein koordiniertes Herangehen durch eine Vielzahl von Akteuren, wovon die Polizei nur einer ist.

**1. Quantifizierung des Problems:** Analyse und Bewertung analog der Drogenproblematik vor 15 Jahren.

**2. Klassifizierung von Medikamenten in verschiedene Gefährdungsstufen (unbedenklich, Verkehrstüchtigkeit kann eingeschränkt sein, Autofahren nur nach ärztlicher Rücksprache, Autofahren ist nicht mit der Medikamenteneinnahme vereinbar) und deren deutliche Kennzeichnung (Bsp.: Ampelsystem auf Packung). Erstellung von Wirkstofflisten**

analog DRUID-Studie. Arzt entscheidet ggf. über Fahrtüchtigkeit.

**3. Änderung des § 24 a, Abs. 2 StVG.** Überprüfbarkeit einer „nicht bestimmungsgemäßen Einnahme“ ist derzeit schwer möglich. Derzeit ist der Paragraph nur auf Drogenkonsum ausgelegt. Ergänzung um eine Anlage: Liste Verkehrstüchtigkeit einschränkender Wirkstoffe.

**4. Erstellung eines Leitfadens für Polizeibeamte vor Ort, Verdachtsparameter definieren:** Wann ist eine Überprüfung der Fahrtüchtigkeit infolge von Medikamenteneinnahme angezeigt → generelle Bereitstellung von Medikamentenschnelltests.

**5. 1. Bewusstsein schaffen in der Bevölkerung, dass eingeschränkte Fahrtüchtigkeit unter Medikamenteneinfluss die gleichen Gefährdungen und Konsequenzen mit sich bringt wie Trunkenheit am Steuer.** In der Fahrschulenausbildung muss analog zum Konsum von Alkohol und Drogen eine Beschulung über Medikamente erfolgen. Kampagnenarbeit, z. B. an Schulen, Fachpresse, Medien.

**5. 2. Verpflichtung zur Aufklärung und deren Dokumentation durch Ärzte und Apotheker.** Einführung von gleichmäßigen Standards, insbesondere Regelungen für Versandapotheken.



### 3. GDP-VERKEHRSFORUM

der verschreibungspflichtige Medikamente für zahlreiche Verkehrsunfälle in Frankreich verantwortlich seien. Wer sich nach der Einnahme rezeptpflichtiger Arzneien ans Steuer setze, habe ein deutlich höheres Risiko, selbstverschuldet zu verunglücken, berichteten die französische Forscherin und ihre Kollegen vom Institut de Santé Publique an der Universität Bordeaux im

#### Arbeitskreis IV Problem Beweisführung

##### Beschlussempfehlung:

1. Fahren unter Alkoholeinfluss ist nach wie vor eine der Hauptunfallursachen im Straßenverkehr und für jeden zehnten Verkehrstoten verantwortlich.

2. Die GdP fordert eine deutliche Intensivierung effizienter und effektiver Alkoholkontrollen im Straßenverkehr.

3. Die mangelnde Personalausstattung lässt eine Steigerung der Überwachungsaktivitäten nicht realistisch erscheinen. Die derzeitige Praxis bei der Entnahme von Blutproben ist zudem extrem zeitaufwändig. Deshalb ist die Anerkennung der beweissicheren Atemalkoholprobe auch im Strafrechtsbereich (§ 315 c, § 316 StGB) zur Verbesserung der Verkehrssicherheit unerlässlich und sicherzustellen.

4. Für die Anerkennung der beweissicheren Atemalkoholanalyse fordert die GdP den Gesetzgeber auf, entsprechende Werte für die Fahrbeeinträchtigung in Korrelation zu Atemalkoholkonzentrationen festzusetzen bzw. durch entsprechende wissenschaftliche Forschung zu ermitteln.

5. Die GdP fordert die Einführung von verdachtsfreien Kontrollen hinsichtlich Alkohol und anderer berauschender Mittel.

6. Die GdP fordert die Abschaffung des Richtervorbehaltes für Blutentnahmen im Bereich von Verkehrsstraftaten. Sie fordert den Bundestag auf, den hierzu vorliegenden Gesetzesentwurf schnellstmöglich umzusetzen.



**Bei Fahrten unter Medikamenteneinfluss hohe Dunkelziffer:** Kriminalhauptkommissar Bernhard Arnold, Leiter Zentrum Polizeiliche Prävention im Polizeipräsidium Westpfalz, mit den Kaiserslauterer Arbeitskreis-Anwältinnen Ingrid Schmitt-Perius, Fach-Pharmazeutisch Technische Assistentin (PTA) für Homöopathie, Dermo und Schmerzen (l.) sowie Ute Annecke, Diplom-Biologin und Pharmareferentin. **Foto: GdP/Stiebitz**



**Argumentativer Schlagabtausch:** Auch in den Pausen wurde intensiv weiter diskutiert. **Foto: GdP/Stiebitz**

Journal „PloS Medicine“. Gegenüber den GdP-Experten stellte Arnold zwei grundsätzliche Problemgruppen dar: „Auf der einen Seite sind es Menschen, die krankheitsbedingt Medikamente konsumieren müssen, um überhaupt am Straßenverkehr teilnehmen zu dürfen, wie beispielsweise Epileptiker, auf der anderen Seite Menschen, die aufgrund der Medikamenten-

einnahme nicht mehr in der Lage sind, ein Fahrzeug sicher im öffentlichen Straßenverkehr zu führen.“ Alles in allem präsentiert sich die Problematik sehr komplex.

#### Unkalkulierbares Risiko

„Schmerzmittel, Rheumamittel, Schlaf-



### 3. GDP-VERKEHRSFORUM

und Beruhigungsmittel, Antidepressiva, Antihistaminika führen regelmäßig zu Müdigkeit, verzögertem Reaktionsvermögen, gedämpfter Wahrnehmung, vermindertem Leistungs- und Reaktionsvermögen, sie können antriebssteigernd oder hemmend sein. Aufputzmittel erhöhen die Risikobereitschaft und führen bei nachlassender Wirkung zu starker Müdigkeit“, erläuterte Pro-Anwältin Ingrid Schmitt-Perius, Fach-Pharmazeutisch Technische Assistentin (PTA) für Homöopathie, Dermo

informiert. Vom Gesetzgeber forderte sie die Pharmaunternehmen zu verpflichten, dafür Sorge zu tragen, dass auch Laien ohne großen Aufwand in der Lage seien, eindeutig zu erkennen welche Wirkungen ein Medikament habe und inwieweit die Teilnahme als Führer eines Fahrzeuges am öffentlichen Straßenverkehr risikobehaftet sei.

Die gesetzlichen Regelungen für ausreichend erachtete Kontra-Anwältin Ute Annecke. Die Diplom-Biologin und Phar-

für Menschen, die auf Medikamente angewiesen seien. Es dürfe nicht Ziel sein, die Medikamenteneinnahme durch Verkehrsteilnehmer generell zu kriminalisieren. Hauptziel sei die Verkehrsunfallprävention. Nicht nur die Polizei, sondern eine Vielzahl von Akteuren könnte durch koordiniertes Herangehen einen wirkungsvollen Umgang mit der Thematik erreichen. >

Anzeige



**Auf Stand gebracht:** Aussteller informierten am Rand der Veranstaltung über die neuesten Geräte zur Erkennung von Fahrten unter Alkohol-, Drogen- und Medikamenteneinfluss.

Foto: GdP/Stiebitz

und Schmerzen aus Kaiserslautern. Die Betriebswirtin verwies zudem auf Schlankheitsmedikamente, deren Einnahme zu Unruhe, starker Erregbarkeit, plötzlichem Ausfall der Aufmerksamkeit führten könnten und eine kurze aufputschende Wirkung mit anschließender Müdigkeit hätten. Augenmedikamente verminderten das Sehvermögen und erhöhten die Lichtempfindlichkeit. Antidiabetika ließen das Risiko einer Unterzuckerung steigen und könnten Herzrasen, Angst, Konzentrationsstörungen und Zittern auslösen. Bluthochdruckmittel dagegen erzeugten Schwindel und Benommenheit, Sehstörungen, sowie Müdigkeit und führten zu vermindertem Reaktionsvermögen. Schmitt-Perius: „Bei Mitteln gegen Epilepsie muss die Fahrtüchtigkeit von einem Arzt bestätigt werden, da es hier zu Müdigkeit und starker Beruhigung kommt.“

Rund 80 Prozent der Konsumenten, die am Straßenverkehr teilnehmen, seien nicht über die Wirkungen der Medikamente

mareferentin aus Kaiserslautern wies aber auf deren regelgerechte Anwendung hin. Handlungsbedarf gebe es an dieser Stelle nicht. Wie ihre Kollegin von der Pro-Seite hielt sie es auch für wichtig, allen Betroffenen, die entweder kurzzeitig oder aber auch dauerhaft Arzneimittel einnehmen müssen, Informationen über verkehrsrelevante Medikamente an die Hand zu geben. Eine Verpflichtung für die Pharmaindustrie sei jedoch nicht von Nöten. Im Zweifelsfall müsse der Patient jedoch immer den Rat des behandelnden Arztes einholen und konsequent anwenden. Annecke: „Gut auf Medikamente eingestellte Menschen stellen meines Erachtens ein geringeres Risiko dar, als solche, die zum Teil frei erhältliche problematische Medikamente ohne ärztliche Rücksprache konsumieren und solche Personen, die Erkrankungen nicht erkennen und entsprechend therapieren lassen.“

In ihrer Empfehlung brachen die GdP-Verkehrsexperten zunächst eine Lanze

## AHG Psychosomatische Klinik Bad Pyrmont

Spezialklinik für Verhaltenstherapie  
Akademisches Lehrkrankenhaus  
der Medizinischen  
Hochschule Hannover

**Chefarzt:**  
Prof. Dr. med. Dipl.- Psych.  
Rolf Meermann

Die AHG Psychosomatische Klinik Bad Pyrmont ist inmitten des landschaftlich sehr reizvollen Weserberglands gelegen.

Nach unserem Motto „Handeln - nicht behandeln lassen“ leiten wir unsere Patienten in einem auf die individuellen Bedürfnisse des einzelnen abgestimmten einzel- und gruppenpsychotherapeutischen Behandlungskonzept dazu an, zu „Experten“ für ihre eigenen Gesundheitsprobleme zu werden.

Behandelt werden alle Störungsbilder des psychiatrisch-psychosomatischen Fachgebietes sowie begleitende internistische, neurologische und orthopädische Erkrankungen. Schwerpunktmäßig handelt es sich dabei um:

- alle Formen von Essstörungen (Magersucht, Bulimie, Adipositas)
- Depressionen
- Ängste
- Zwangsstörungen
- Burn-out-Symptomatik
- chronische Schmerzstörungen
- posttraumatische Belastungsstörungen
- nicht-organische Schlafstörungen

**Kostenträger:**  
Polizei, DRV, Beihilfe, Krankenkassen, Private Krankenversicherer, Bundeswehr.

Wir sind im Vorfeld einer stationären Aufnahme gerne bereit, Sie hinsichtlich notwendiger Kostenträgerübertragungen umfassend zu beraten.

Nehmen Sie gern Kontakt auf mit unserer freundlichen Aufnahmesekretärin Frau Franz unter der kostenlosen Service-Telefonnummer 0800/619-6666 oder per E-Mail unter: [pfkpyrmont@ahg.de](mailto:pfkpyrmont@ahg.de)  
Sie finden uns im Internet unter: [www.ahg.de/pyrmont](http://www.ahg.de/pyrmont)  
Anschrift: Bombergallee 10, 31812 Bad Pyrmont

## NaturaMed Fachklinik

- **BurnOut**
- **Lebenskrise**
- **Depression**
- **Ängste**
- **chronische Schmerzen**
- **Essstörung**

**Ganzheitsmedizinische  
Ursachendiagnose**

Psychosomatisches Privatkrankenhaus beihilfefähig

**0 75 24 . 990 - 222**  
88339 Bad Waldsee  
[naturamed.de](http://naturamed.de)





**GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut und sein im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand für Verkehrspolitik verantwortlicher Stellvertreter, Frank Richter, beim Abklopfen der Experten-Empfehlungen.**  
Foto: GdP/Stiebitz

Dazu müsse zunächst die Größenordnung des Problems bestimmt werden. Als Beispiel wurde die Analyse und Bewertung der Drogenproblematik vor 15 Jahren genannt. >

#### **Bewusstsein schaffen**

Der Arbeitskreis empfahl weiterhin, eine Klassifizierung von Medikamenten in verschiedene Gefährdungsstufen, „unbedenklich“, „Verkehrstüchtigkeit kann eingeschränkt sein“, „Autofahren nur nach ärztlicher Rücksprache“ und „Autofahren ist nicht mit der Medikamenteneinnahme vereinbar“ vorzunehmen. Eine deutliche Kennzeichnung, beispielsweise durch ein Ampelsystem auf der Packung, verdeutliche die Klassifizierung.

Weil eine Überprüfbarkeit einer „nicht bestimmungsgemäßen Einnahme“ momentan schwer möglich sei, fordert der AK eine Änderung des § 24 a, Abs. 2 StVG mit der Ergänzung einer Liste „Verkehrstüchtigkeit einschränkender Wirkstoffe“. Derzeit sei der Paragraf nur auf Drogenkonsum ausgelegt.

Ein neuer Leitfaden für Polizeibeamtinnen und -beamte vor Ort solle dabei helfen, Verdachtsparameter zu definieren. So könne geklärt werden, wann eine Überprüfung der Fahrtüchtigkeit infolge von Medikamenteneinnahme angezeigt sei. Medikamentenschnelltests sollten generell bereit gestellt werden.

Auch im präventiven Bereich sah der Expertenkreis Nachholbedarf. Es müsse

in der Bevölkerung ein Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass eingeschränkte Fahrtüchtigkeit unter Medikamenteneinfluss die gleichen Gefährdungen und Konsequenzen mit sich bringe wie Trunkenheit am Steuer. In der Fahrschulausbildung müsse analog zum Konsum von Alkohol und Drogen eine Schulung über Medikamente erfolgen. Nicht zuletzt sollen Ärzte und Apotheker zur Aufklärung und Dokumentation verpflichtet werden. Insbesondere für Versandapotheken müssten gleichmäßige Standards gelten.

#### **Blut oder Atem?**

Die Beweisführung vor Ort war das Thema des vierten Arbeitskreises. Vor allem die Frage, ob die am Markt eingeführten Geräte und Verfahren reif für die gerichtsverwertbare Beweisführung zur Messung der Alkoholbestandteile in der Atemluft oberhalb der Ordnungswidrigkeit seien, sorgte für eine angeregte Diskussion. Unter der Leitung von Polizeidirektor Johann-Markus Hans vom Polizeitechnischen Institut der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster, der sich in seinem einleitenden Vortrag für die Atemalkoholanalyse aussprach, ließen die AK-Anwälte Polizeidirektor Martin Mönnighoff, ebenfalls von der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster und Dr. Markus Schäpe vom ADAC in München der Runde freien Lauf. Der ADAC-Vertreter und Kontra-Anwalt setzte sich klar gegen eine Einführung der Atemalkoholmessung im Strafrecht ein.

Eine Verbesserung der Verkehrssicherheit ergebe sich nach Ansicht des ADAC nur durch eine Erhöhung der Kontrolldichte. Pro-Anwalt PD Mönnighoff wog differenziert zwischen Vor- und Nachteilen der Atemalkoholmessung ab. Für die Messung spreche der Wegfall eines körperlichen Eingriffs, der Wegfall einer längeren Freiheitsentziehung, die geringere Gefährdung des Ergebnisses durch Zeitverzug, und das Problem des Richtervorbehalts trete nur noch in Ausnahmefällen auf. Zudem sei eine Beschleunigung und Vereinfachung des Verfahrens zu erwarten.

Als nachteilig könne sich, so Mönnighoff, die fehlende Konvertierbarkeit der Werte der Atemalkoholkonzentration (AAK) in Blutalkoholwerte (BAK) erweisen. Es fehle die Rückrechnung auf den Tatzeitpunkt und gebe keine Überprüfung von Nachtrunkbehauptungen und eine nachträgliche Identitätsplausibilisierung.

Unter dem Strich seien die Pro-Argumente jedoch stichhaltiger. Er schlug vor, den Absatz 2 des Trunkenheits-Paragrafen § 316 StGB in der Formulierung zu ändern: „Nach Absatz 1 wird auch bestraft, wer im Straßenverkehr ein Kraftfahrzeug führt, obwohl er 0,55 mg/l oder mehr Alkohol in der Atemluft oder 1,1 Promille oder mehr Alkohol im Blut oder eine Alkoholmenge im Körper hat, die zu einer solchen Atem- oder Blutalkoholkonzentration führt.“

#### **Verdachtsfreie Alkoholkontrollen**

Nach engagiertem Ringen um die richtigen Formulierungen einigte sich der Arbeitskreis auf folgende Empfehlungen: „Die GdP fordert eine deutliche Intensivierung effizienter und effektiver Alkoholkontrollen im Straßenverkehr.“ Da die mangelnde Personalausstattung eine Steigerung der Überwachungsaktivitäten nicht realistisch erscheinen lasse und die derzeitige Praxis bei der Entnahme von Blutproben zudem extrem zeitaufwändig sei, halten die Expertinnen und Experten die Anerkennung der beweissicheren Atemalkoholprobe auch im Strafrechtsbereich (§ 315 c, § 316 StGB) zur Verbesserung der Verkehrssicherheit für unerlässlich. Sie sei sicherzustellen.

Für die Anerkennung der beweissicheren Atemalkoholanalyse sei der Gesetzgeber aufgefordert, entsprechende Werte für die Fahrbeeinträchtigung in Korrelation zu Atemalkoholkonzentrationen festzusetzen bzw. durch entsprechende wissenschaftliche Forschung zu ermitteln.

Darüber hinaus wurde die Einführung von verdachtsfreien Kontrollen hinsichtlich Alkohol und anderer berauschender Mittel gefordert. Dazu solle auch der Richtervor-



### 3. GDP-VERKEHRSFORUM



**Polizeidirektor Johann-Markus Hans vom Polizeitechnischen Institut der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster, Polizeidirektor Martin Mönninghoff, Leiter des Fachgebiets „Polizeiliche Verkehrslehre“ an der Deutschen Hochschule der Polizei und Dr. Markus Schäpe vom ADAC (v.l.) beackerten mit ihrem Arbeitskreis die „Beweisführung vor Ort“.**  
**Foto: GdP/Stiebitz**

behaltes für Blutentnahmen im Bereich von Verkehrsstraftaten abgeschafft werden.

Weitere Informationen und Downloads zum 3. Verkehrsforum sind auf der Homepage der GdP unter dem Link: <http://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/p120413> abgelegt. Zu finden sind dort auch der Vortrag der Diplom-Psychologin Doreen Glaser, Leiterin der Dekra-Begutachtungsstellen für Fahrtaugnung in Berlin, über die „Chancen und Grenzen der Medizinisch-Psychologische Untersuchung“ sowie eine Erstanalyse der Straßenverkehrsunfallstatistik 2011 durch Unfallforscher Dr. med. Uli Schmucker von der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald.  
**MiZi**

Anzeige

Deutscher Bundestag



Die Polizei beim Deutschen Bundestag sucht

#### Polizeivollzugsbeamte/-innen

des mittleren Polizeivollzugsdienstes.

- Wir sind:** die Verwaltung des Deutschen Bundestages. Wir unterstützen das Verfassungsorgan bzw. die Abgeordneten des Bundestages bei ihrer Arbeit. Ca. 2600 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sorgen dafür, dass der Parlamentsbetrieb reibungslos funktioniert. Die Polizei des Deutschen Bundestages mit ca. 200 Polizeivollzugsbeamten/-innen sorgt für einen störungsfreien Ablauf aller Staatsempfänge, Sitzungen des Parlaments, seiner Gremien und Veranstaltungen sowie den Schutz aller Personen im Bundestag.
- Wir suchen:** ausgebildete Polizeivollzugsbeamte und -beamtinnen des mittleren Polizeivollzugsdienstes bis zur Besoldungsgruppe A 8 BBesG, die Aufgaben im Rahmen des polizeilichen Einzeldienstes wahrnehmen, und über eine hohe Belastbarkeit, Team- und Kommunikationsfähigkeit verfügen.
- Wir erwarten:** uneingeschränkte Polizeidiensttauglichkeit, Schichtdiensttauglichkeit, fundiertes aktuelles Fachwissen, Abschluss der Laufbahnprüfung mindestens mit der Note befriedigend.
- Wir bieten:** einen attraktiven Arbeitsplatz bei einem Verfassungsorgan, attraktive Schulungen und Weiterbildungsmöglichkeiten, Unterstützung bei der Wohnungssuche. Eine Besoldung bis A 9 M+Z BBesG ist möglich.
- Wir bitten um:** aussagefähige und vollständige Bewerbungsunterlagen mit allen Prüfungszeugnissen an

Deutscher Bundestag  
Verwaltung  
Personalreferat ZV 2  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Die Bundestagsverwaltung hat sich die berufliche Gleichstellung von Frauen und Männern zum Ziel gesetzt und ist deshalb in diesem Bereich, in dem der Anteil weiblicher Beschäftigter bislang nur gering ist, besonders an Bewerbungen von Frauen interessiert.

Auskunft erteilt Herr Groß, Tel.: 030/227-3 31 33. Weitere Informationen erhalten Sie unter: [www.bundestag.de/polizei](http://www.bundestag.de/polizei)



# Von Friedlichkeit kaum eine Spur

**Höchst beunruhigt zeigte sich GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut über den Fund dreier zündfähiger Rohrbomben entlang der Demonstrationroute des sogenannten Revolutionären-1.-Mai-Aufzuges.**

**Witthaut: „Dieser Anschlagversuch ist ein unübersehbares Alarmsignal dafür, dass politische Straftäter schwere Verletzungen, womöglich den Tod von unbeteiligten Menschen in Kauf nehmen.“** **Unterdessen teilte die Berliner Polizei kurz vor Redaktionsschluss dieser Ausgabe mit, dass die Sprengsätze zumindest nicht hochexplosiv gewesen seien.**

**Generell aber sei von Friedlichkeit oder gar Friedfertigkeit kaum etwas zu verspüren gewesen, so die Bilanz des GdP-Bundesvorsitzenden nach den Aufmärschen linksautonomer Gruppen am 30. April und am 1. Mai 2012 in der Hauptstadt. Berlin habe sich, sagte er, offenbar an ein so hohes Gewaltniveau gewöhnt, dass selbst kleine Fortschritte in Richtung eines absolut friedlichen Starts in den Wonnemonat Mai bereits für Erleichterung sorgten.**

**N**ach anfänglichen polizeilichen Einschätzungen hätten die in Berlin-Kreuzberg rechtzeitig entdeckten Rohrbomben, wenn sie gezündet worden wären, Menschen im Umkreis von mehreren Metern schwer verletzt

können. Kriminaltechniker der Berliner Polizei hatten dann Mitte Mai einen der Sprengsätze gezündet. Zumindest in diesem Fall habe es keine Explosion oder Splitterbildung gegeben. Weitergehende Untersuchungen wurden angekündigt. Der GdP-Vorsitzende warnte davor, trotz dieses ersten Ergebnisses den Bombenfund zu verharmlosen. Der Vorsitzende des Bundestagsinnenausschusses, Wolfgang Bosbach, hatte in einer frühen Reaktion die Anschläge als das klassische Vorgehen von Terroristen verurteilt. Das habe mit den bisherigen 1.-Mai-Demonstrationen nichts zu tun“, sagte der CDU-Politiker gegenüber der Berliner Morgenpost. Der Vorfall müsse sehr ernst genommen werden. Schockiert zeigte sich auch Berlins Innensenator Frank Henkel. Bestätige sich, dass diese Bomben hochgefährlich waren, dann müsse von einer neuen Stufe des Hasses gesprochen



*Feurige Einstimmung. Am Rande der Strecke der „Revolutionären-1.-Mai-Demonstration“ entzündeten Vermummte, mehrere bengalische Feuer.*

*Foto: Michael Zielasko*





**Einsatzleiter Jürgen Klug, Erster Direktor und Leiter des Stabes des Polizeipräsidenten in Berlin, erläutert dem GdP-Bundsvorsitzenden Bernhard Witthaut und dem Berliner GdP-Landesvorsitzenden Michael Purper die aktuelle Einsatzlage rund um die „Revolutionäre-1.-Mai-Demonstration“. (v.r.)**  
**Foto: Rüdiger Holecsek**

werden, wurde er von der Nachrichtengattung dpa zitiert. Eingeschaltet hatte sich zudem die Karlsruher Bundesanwaltschaft. Sie leitete einen sogenannten Prüfvorgang ein.

### Heimtückischer Angriff

Wenige Tage nach dem 1. Mai war in Kreuzberg ein an einer roten Ampel haltender Streifenwagen heimtückisch angegriffen worden. Zunächst zerstörten verummte Täter mit einem Pflasterstein die Heckscheibe des Fahrzeugs, bevor durch die hintere Tür brennendes „Bengalisches Feuer“ auf die Rückbank geworfen wurde, wo sofort ein Brand ausbrach. Gleichzeitig prasselten Steine auf den Wagen, vier Molotowcocktails seien geworfen worden, einer habe an der Fahrertür ein Feuer entzündet. Trotz des innen und außen brennenden Fahrzeugs sowie dichter Rauchentwicklung sei den Beamten die Flucht geglückt. An einer nahe gelegenen Tankstelle konnten die Polizisten die Flammen löschen. Die

Anzeige

## Gemeinsam neue Wege gehen

Stärken entdecken durch multiprofessionelle Hilfe

Die AHG Klinik Lübeck bietet ein umfassendes Beratungs- und Behandlungsangebot für Menschen mit einer Suchtproblematik an.

Das Angebot umfasst das gesamte Behandlungsspektrum von der Beratung über Entzug und Entwöhnungsbehandlung bis zur Adaption und Nachsorge.

### » Leistungen:

Entwöhnungsbehandlung bei Alkohol- und Medikamentenabhängigkeit (stationär und ambulant); ambulante Nachsorge; stationärer Entzug; Beratung; Raucherentwöhnung.



### Information und Beratung

fon +49 451.5894-226

[www.ahg.de/luebeck](http://www.ahg.de/luebeck)



Habichtswald-Klinik • Wigandstr. 1 • 34131 Kassel • [www.habichtswaldklinik.de](http://www.habichtswaldklinik.de) • [info@habichtswaldklinik.de](mailto:info@habichtswaldklinik.de)

## ... wieder Atem schöpfen



### Habichtswald-Klinik

Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin Kassel - Bad Wilhelmshöhe. In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Thermen liegt die Habichtswald-Klinik.

In ihrem Selbstverständnis als Klinik für Ganzheitsmedizin arbeitet die Habichtswald-Klinik auf der Ebene einer integrativen Betrachtung von Körper, Seele und Geist in einer Synthese aus Schulmedizin, Naturheilverfahren und komplementärer Therapien. Die Klinik hat einen Versorgungsvertrag nach §111 und ist nach § 30 GWO als beihilfefähig anerkannt.

Bei den Gesetzlichen Krankenkassen ist die Habichtswald-Klinik als Rehabilitationsklinik anerkannt, bei den privaten Krankenversicherungen als „Gemischte Einrichtung“ die auch Akutbehandlungen gemäß OPS 301 durchführt. Die Beihilfestellen rechnen mit der Klinik den allgemeinen niedrigsten mit den Sozialversicherungsträgern vereinbarten pauschalen Pflegesatz ab.

### Spezielle Behandlungskonzepte zu

- Burn-out Symptomatik
- Tinnitus, Schwindel und Lärmschäden
- depressiver Erschöpfung
- Angstsymptomatik
- Traumatherapie
- Missbrauch von Suchtmitteln
- onkologischen und internistischen Erkrankungen

Kostenloses Service-Telefon: 0800 890 110 Telefon Aufnahmebüro: 0561 3108-186, -622





**Kurz vor dem ersten Steinehagel: An der Spitze der „Revolutionären-1.-Mai-Demonstration“ marschiert ein etwa 1.200 Personen starker verummter schwarzer Block. Wenig später splittern erste Scheiben, auch Farbbeutel fliegen.** Foto: Michael Zielasko

Staatsanwaltschaft habe die Ermittlungen wegen versuchten Totschlags aufgenommen. Der Pressesprecher der GdP-Berlin, Klaus Eisenreich sprach gegenüber der Berliner Morgenpost von einem gezielten Tötungsversuch.

### Senator lobt insgesamt gelungenen Einsatz

Vor Bekanntwerden der menschenverachtenden Taten hatte Berlins neuer Innensenator Frank Henkel auf der Bilanz-Presskonferenz zu den Mai-Demonstrationen noch von einem Tag „viel friedlicher als in den Vorjahren“ gesprochen. Der Polizeieinsatz sei insgesamt gelungen. Vor allem die im Vergleich zu den Vorjahren ungewöhnlichen Demo-Routen hätten die Polizei aber vor große Herausforderungen gestellt. Zudem hielten kurzfristig angemeldete NPD-Kundgebungen einschließ-

lich entsprechender Gegendemonstrationen die Einsatzkräfte in Atem. Das Ziel eines friedlichen Feiertags sei zwar nicht erreicht worden, doch hege sie Hoffnung, irgendwann einen friedlichen 1. Mai zu erleben, flankierte die amtierende Polizeipräsidentin Berlins, Margarete Koppers. GdP-Bundesvorsitzender Witthaut schloss sich den offiziellen Bewertungen nicht gänzlich an. Hinter der Etikettierung eines weitgehend friedlichen 1. Mai stünde eine üble Mischung aus andauernder Beschimpfung und plötzlich aufflammenden Gewaltausbrüchen gegenüber der Polizei.

Rund 7.100 Polizeibeamtinnen und -beamte hatten in der Walpurgisnacht und am 1. Mai massive Gewaltausschreitungen konsequent verhindert. Linksautonome Demonstranten quittierten dies mit Stein- und Flaschenwürfen oder ließen vor den Füßen der Beamten gefährliche Böller ex-

plodieren. Dabei wurden 124 Kolleginnen und Kollegen verletzt, 24 mehr als im Vorjahr. 123 Personen waren festgenommen worden, neun Haftbefehle wurden wegen schweren Landfriedensbruchs, gefährlicher Körperverletzung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte erlassen. Witthaut, der sich an beiden Tagen ein Bild des Demonstrationsgeschehens machen konnte, bezeichnete den Polizeieinsatz als „imponierend“ und „hoch professionell“.

### Eskalation am Jüdischen Museum

Die in den Jahren zuvor meist gewaltträchtige sogenannte Revolutionäre 1. Mai-Demo wartete in diesem Jahr mit einer Neuerung auf. Erstmals wollten die

Fortsetzung auf Seite 21



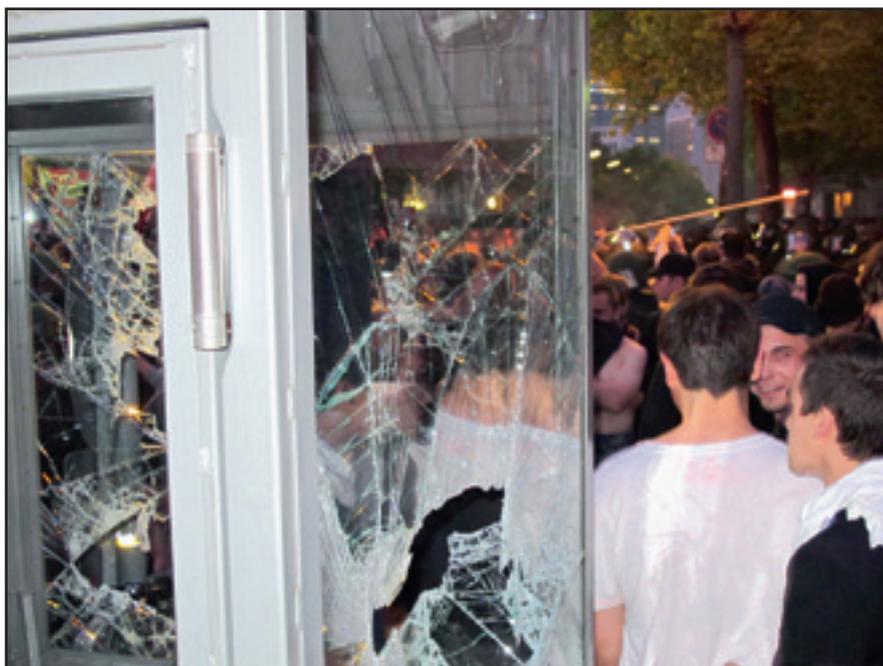
## MAI-EINSÄTZE

Fortsetzung von Seite 20

über 10.000 am Ausgangspunkt der Demonstration in Kreuzberg versammelten Teilnehmer über die Grenzen des Bezirks hinaus in die Nähe des Brandenburger Tors in den Bezirk Mitte ziehen. Als heikelster Punkt der Route wurde im Vorfeld das noch auf Kreuzberger Gebiet stehende Axel-Springer-Haus ausgemacht. Unter den Beobachtern kursierten indes Spekulationen darüber, ob die Veranstalter der Demo tatsächlich die gesamte Wegstrecke bewältigen oder an abgesprochener Stelle, eine polizeiliche Auflösung des Aufmarschs provozieren wollten.

Die etwa 1.200 vollständig schwarz verummten an der Spitze der Demo laufenden Linksautonomen ließen sich unterdessen nicht viel Zeit, mit Stein-Flaschen- und Farbbeutelwürfen erste Ziele zu attackieren. So beschädigten

zogen die Teilnehmer jedoch ohne Halt weiter und beließen es bei Schmähsparolen gegen die „Bild-Zeitung“, skandierten „A-Anti-Anticapitalista“ sowie „Ganz Berlin hasst die Polizei“. „Wir waren erst überrascht, dass es weitergeht“, berichtete Polizeipräsidentin Koppers den Pressevertretern. Zur Eskalation der Gewalt kam es dann aber schon wenige hundert Meter weiter in Höhe des Jüdischen Museums in Berlin-Mitte. Steine und Flaschen prasselten auf die Einsatzkräfte nieder, Böller wurden gezündet, ein vor dem Museum stehendes Wachhäuschen der Polizei wurde zerstört. Zudem zerrten Autonome Blumenkübel auf die Straße, zündeten sie an und versuchten, Barrikaden zu errichten. Nachdem der Demo-Veranstalter erklärt hatte, dass er die aus der Menge heraus explodierende Gewalt



**Zerstörung: Mutwillige Sachbeschädigungen am Rande der Mai-Demo-Strecke, hier ein Wachhäuschen der Polizei vor dem Jüdischen Museum in Berlin-Mitte. Wenig später wird die Versammlung aufgelöst.**  
Foto: Michael Zielasko

nur wenige Minuten nach Beginn des Marsches Steine die Scheiben einer Sparkassenfiliale, etwas später zersplitterten Fenster und Türen eines Supermarktes und zweier Tankstellen. Den Marsch begleitende Fotografen wurden mit Farbbeuteln beworfen.

Gespannte Stimmung dann kurz vor dem Axel-Springer-Haus: Die Einsatzkräfte hatten das symbolträchtige Gebäude weiträumig gegen Angriffe aus der unübersichtlichen Menge der Demonstranten abgeschirmt. Wider Erwarten

nicht mehr eindämmen könne, löste die Polizei die Veranstaltung kurz vor 22.00 Uhr auf. Mehrere Täter wurden zuvor zielgenau festgenommen.

Tausende versuchten nun zurück auf das mittlerweile traditionelle Kreuzberger „Myfest“ zurückzuströmen. Die Polizei riegelte die Straße ab und ließ nur jeweils kleine Gruppen passieren. Eine halbe Stunde vor Mitternacht flammte die Gewalt am Rande des Myfests erneut auf. Vermummte bewarfen am Kreuzberger „Kottbusser Tor“ Einsatzkräfte wiederum

**Suche die Bekanntschaft eines Polizeibeamten** (50–65 Jahre). Ich bin 66 Jahre, für alles Schöne aufgeschlossen. Meine Hobbys sind Singen, Spazieren, Tanzen, gute Gespräche.  
Zuschriften unter Chiffre 888294-001 an VDP GmbH, Postfach 309, 40701 Hilden



## MAI-EINSÄTZE



**Jürgen Schubert (m.), Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder, gibt den GdP-Einsatzbeobachtern Bernhard Schmidt, Vorsitzender des Bundesfachausschusses Bereitschaftspolizei (l.) und Sascha Braun, Justiziar des GdP-Bundesvorstandes, einen Lageüberblick.**

**Foto: Michael Zielasko**

mit Flaschen und Steinen. Erst ab dem frühen Morgen beruhigte sich die Lage.

### Demonstranten verunsichert

Bei der antikapitalistischen Walpurgisnacht-Demonstration am Vorabend des 1.

Mai blieben Gewalttaten dagegen weitgehend aus. Unter dem Motto „Nimm was dir zusteht“ hatten linke Gruppierungen eine Demonstration für den früheren Berliner Arbeiterbezirk Wedding angemeldet. Etwa 3.000 Teilnehmer, darunter ein etwa 300 Personen starker „Schwarzer Block“ gewaltbereiter Linksextremisten,

hatten sich dem Aufruf angeschlossen. Im Fokus der Demonstranten stand die nach ihrer Auffassung fortschreitende Gentrifizierung einiger Berliner Bezirke. Nach Kreuzberg, Friedrichshain und Neukölln sei nun der Wedding an der Reihe. Immobilienspekulationen würden auf den Schultern der angestammten Bewohner ausgetragen, steigende und für viele unbezahlbare Mieten wären die Folge, die Struktur des Kiezes würde zerstört.

### Sachbeschädigungen nicht ausgeschlossen

Im Vorfeld der Demonstrationen hatten die Organisatoren die Stimmung angeheizt. Sachbeschädigungen wurden nicht ausgeschlossen. So schirmte die Polizei die neuralgischen Punkte der Demo-Strecke, eine Filiale der Arbeitsagentur und die SPD-Zentrale in Berlin-Reinickendorf, mit einem starken Kräfte- und Einsatzwagenaufgebot erfolgreich ab.

Nachdem an zwei Sammelpunkten reichlich Bier konsumiert wurde, geriet der Zug mit etwa halbstündiger Verzögerung in Bewegung. Selbst einsatzerfahrene Beobachter, wie der Berliner GdP-Bundesfachausschussvorsitzende für die Bereitschaftspolizei, Bernhard Schmidt, zeigten sich erstaunt über das hohe Tempo des Marsches. Für Applaus in den Reihen der Kundgebungsteilnehmer sorgten auf Dächern entzündete Bengalische Feuer. Mit Pyrotechnik, Flaschen



**Klare Signale der Aggressivität: Am Vorabend des 1. Mai protestieren rund 3.000 Demo-Teilnehmer gegen die sogenannte Gentrifizierung des Berliner Stadtteils Wedding.**

**Foto: Sascha Braun**





**Keine Freunde der Foto-Optik: Der schwarze Block marschiert in die Walpurgis-Nacht.**



**Nach der Auflösung der „Revolutionären-1.-Mai-Demonstration“ legen Linksautonome Gewalttäter Feuer.**  
Fotos: Michael Zielasko

oder Steinen wurden die Einsatzkräfte nur vereinzelt angegriffen. Eine verletzte Kollegin musste kurzfristig aus dem Einsatz herausgenommen werden. Die Stimmung unter den Demo-Teilnehmern sei durchaus aggressiv gewesen, sagte indes ein Polizeiführer, doch habe der auf ungewohntem Gebiet laufende Protestmarsch wohl zahlreiche Teilnehmer verunsichert. In den Jahren zuvor hatte die antikapitalistische Demonstration im benachbarten Prenzlauer Berg im Berliner Stadtteil Pankow stattgefunden.

### Bewundernswerte Motivation

Die brisante Gemengelage aus politisch motivierter Gewaltbereitschaft und teils hemmungslosen Alkohol- und Dro-

genmissbrauchs führe die Polizei in ganz Deutschland an den Rand der Belastungsgrenze, kritisierte Witthaut. So hatte beispielsweise die Berliner Polizei vor dem 1. Mai noch mit der Partei Eisern Union gegen Hansa Rostock ein Fußballspiel der höchsten Risikostufe zu begleiten (siehe auch Seite 28). Die Motivation der Beamtinnen und Beamten sei dabei bewundernswert. Trotz aller widrigen Umstände erfüllten die Beamtinnen und Beamten ihre Aufgabe mit hoher Präzision und großer Ausdauer: Und dies nicht nur am 1. Mai.

### Krawalle auch in Hamburg

Mai-Krawalle auch in Hamburg: Trotz erneuter Auseinandersetzungen zwischen

Linksautonomen und den polizeilichen Einsatzkräften anlässlich der Revolutionären-1.-Mai-Demonstration in Hamburg zog Hamburgs Polizeipräsident Wolfgang Kopitzsch ein positives Fazit des Einsatzes rund um den 1. Mai. „Das besonnene Verhalten der Mitarbeiter und ihr bedachtes Einschreiten hat zu einem erfolgreichen Einsatz geführt“, sagte er gegenüber Pressevertretern. Die Kolleginnen und Kollegen hätten ein „hohes Maß an Motivation und Engagement“. Mehrfach hatten teils vermummte Versammlungsteilnehmer aus dem Aufzug heraus Böller auf Einsatzkräf-



**Das muss erst einmal reichen: ein Kollege gewährt Einblick in den Verpflegungsbeutel.**

te geworfen und Pyrotechnik gezündet. Vereinzelt wurden auch Steine und Flaschen auf Polizeibeamte geworfen.

Im Hamburger Schanzenviertel hätten die Böller- und Steinwürfe auf die Einsatzkräfte zugenommen. Zudem waren Müllcontainer angezündet und Scheiben einer Sparkassenfiliale beschädigt worden. Zur Lagebereinigung hatte die Polizei Wasserwerfer eingesetzt. Insgesamt seien 23 Personen unter anderem wegen Körperverletzung, Widerstand und Landfriedensbruch vorläufig festgenommen worden. 12 Personen landeten im Gewahrsam. Die Polizei hatte 1.041 Kräfte eingesetzt, fünf Beamte wurden verletzt, drei von ihnen hatten ihren Dienst nicht fortsetzen können.

Gerhard Kirsch, stellvertretender Landesvorsitzender der GdP Hamburg, übe scharfe Kritik an den abermaligen Gewaltausbrüchen gegenüber der Polizei: „Es waren wieder Gewalttäter am Werk, die mit unserer Demokratie, dem freiheitlichen Staatsgedanken und dem Respekt vor der körperlichen Unversehrtheit Anderer nichts im Sinn haben. Ich erwarte eine klare und unzweideutige Ächtung dieser Straftäter durch alle politischen Parteien.“ Das permanente und verständnisvolle Schönreden dieser Gewaltexzesse, insbesondere durch Vertreter der äußersten Linken, so Kirsch weiter, sei unerträglich. Die festgenommenen Gewalttäter müssten



# Sprachausbildung

## IT'S ALL PART OF THE JOB

Englisch für die Polizei

### Paketangebot:

Lehrbuch + Wörterbuch  
+ Sprachführer

45,90 € [D], 79,- sFr.  
ISBN 978-3-8011-0562-4

Sie sparen 11,80 €



Seit gut 20 Jahren leistet das Lehrbuch „It's all part of the job“ in der Polizei für den berufsbezogenen Englisch-Unterricht und für das Selbststudium wertvolle Dienste. Zu Recht gilt es unter Lehrenden und Lernenden mit sprachlichen Basiskenntnissen als ein Standardwerk in der polizeilichen Fremdsprachenausbildung. – Für den optimalen Lernerfolg!

Neben dem Lehrbuch besteht das Lehrwerk „IT'S ALL PART OF THE JOB“ aus einem darauf abgestimmten Wörterbuch und einem Sprachführer.

## für die Polizei

### – Lehrbuch –

Von **Norbert Brauner, Dieter Hamblock, Friedrich Schwindt** unter Mitarbeit von **Eva Heinrich, Michael Popp** und **Udo Harry Spörl**.  
10. Auflage 2011, 360 Seiten,  
Format 17 x 24 cm, Fadenheftung, Broschur,  
20,90 € [D], 36,90 sFr. | ISBN 978-3-8011-0659-1

### – Wörterbuch –

Von **Norbert Brauner, Dieter Hamblock, Friedrich Schwindt** und **Udo Harry Spörl**.  
4. Auflage 2010, 424 Seiten,  
Format 11,5 x 17,5 cm, Fadenheftung mit Kunststoffeinband,  
16,90 € [D], 30,10 sFr. | ISBN 978-3-8011-0650-8

### – Sprachführer –

Von **Norbert Brauner, Dieter Hamblock, Friedrich Schwindt** und **Udo Harry Spörl**.  
2. Auflage 2006, 256 Seiten,  
Format 17 x 24 cm, Fadenheftung, Broschur,  
19,90 € [D], 35,10 sFr. | ISBN 978-3-8011-0539-6



## Bonjour, collègue

Französischunterricht  
bei der Polizei

Von **Maria Hoffmann-Eberle,**  
**Jacques Moreau**  
und  
**Stephanie Schäfer.**

1. Auflage 1999, 240 Seiten,  
Format 17 x 24 cm, Broschur,  
20,40 € [D], 37,- sFr.  
ISBN 978-3-8011-0392-7

Der Band bietet dem Lernenden vielfältige Möglichkeiten, polizeitypische Kommunikationssituationen zu meistern. Die Inhalte sind praxisorientiert und zielen vorrangig auf die Beherrschung von berufsbezogenen Situationen ab. Das didaktische Konzept des Buches beruht auf dem Prinzip der Progression. Französischkenntnisse in einem Umfang von ca. 3 Jahren Schulfranzösisch werden vorausgesetzt. Ein umfangreiches Wörterverzeichnis rundet das umfassende Angebot dieses Lehrwerkes ab.



## Taler du Dansk?

Dänisch für die Polizei  
bei der Polizei

Von **Sarah Brenneisen.**

2. Auflage 2010, 136 Seiten,  
Format 17 x 24 cm, Broschur,  
9,90 € [D], 18,10 sFr.  
ISBN 978-3-8011-0643-0

Praxisrelevante Fremdsprachenkenntnisse gehören zum Handwerkszeug von Beamtinnen und Beamten des gehobenen Polizeivollzugsdienstes. Für die Angehörigen der Landespolizei Schleswig-Holstein kommt hier der dänischen Sprache eine herausragende Bedeutung zu. Dieses Lehrbuch wurde daher für den berufsbezogenen Dänisch-Unterricht entwickelt. Es unterstützt die polizeispezifische Sprachausbildung und will neue Impulse setzen.



Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeiten unter: [www.VDPolizei.de](http://www.VDPolizei.de)

**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb**

Forststraße 3a • 40721 Hilden • Tel.: 0211/7104-212 • Fax: -270 • E-Mail: [vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de](mailto:vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de) • [www.VDPolizei.de](http://www.VDPolizei.de)



**GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut erkundigt sich beim Präsidenten der Direktion Bundesbereitschaftspolizei, Friedrich Eichele (l.), nach dem Verlauf der Walpurgisnacht-Demonstration. Rechts im Bild: Oliver Bendixen vom Bayerischen Rundfunk.**

## Salafisten attackieren Polizei

In Solingen gingen am 1. Mai 2012 radikal-islamistische Salafisten auf die Polizei los, als Anhänger der rechtspopulistischen Gruppe „Pro NRW“ bei einer Wahlkampf-Veranstaltung Mohammed-Karikaturen hoch hielten. Ein paar Tage später griffen in Bonn salafistische Gegendemonstranten erneut mit brutaler Gewalt an. Zwei Beamte wurden durch Messerstiche schwer verletzt. Auch in Berlin eskalierte die Gewalt, als bei der Verteilung von Koran-Exemplaren Salafisten rund 20 Gegendemonstranten der rechtspopulistischen Bürgerbewegung Pro Deutschland angriffen. Die Polizei musste Reizgas einsetzen. Sehr schnell entzündete sich eine politische Debatte über den Umgang mit den gewalttätigen Islamisten.

Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich mühte sich, an seiner harten Haltung keine Zweifel aufkommen zu lassen: Man werde sich in Deutschland keine Religionskriege aufzwingen lassen. Die Salafisten zielten darauf, den freiheitlich-demokratischen Staat zu zerstören. Sie hätten eine ideologische Nähe zum Terrornetzwerk Al Qaida. Es werde jede Möglichkeit geprüft, so Friedrich, um Vereine, in denen radikal-islamische Salafisten organisiert sind, zu verbieten.

Nordrhein-Westfalens Innenminister Ralf Jäger berichtete von einer intensiven bundesweiten Mobilisierung gewaltbereiter Salafisten. Die systematischen Provokationen der Rechtsextremisten von PRO NRW mit islamfeindlichen Karikaturen, so Jäger, rechtfertigten aber in keinsten Weise die Ausschreitungen. Unterstützung erfuhr Jäger durch den niedersächsischen Innenminister Uwe Schünemann und dessen bayerischen Amtskollegen Joachim Herrmann. Hinter der Maske vermeintlicher Religiosität verberge sich nichts als nackte Gewalt. In Deutschland gelte der Rechtsstaat, nicht die islamistische Selbstjustiz.

Ein „Betretungsverbot für polizeibekanntes Gewalttäter bei Demonstrationen“ forderte unterdessen der nordrhein-westfälische Landesbezirk der Gewerkschaft der Polizei. „Wer als gewalttätiger Hooligan aufgefallen ist, kann von der Teilnahme an Risiko-Spielen der Bundesliga ausgeschlossen werden. Warum soll das nicht auch für polizeibekanntes Gewalttäter bei Risiko-Demonstrationen möglich sein, wenn bereits im Vorfeld der Demonstration erkennbar ist, dass von ihnen massive Gewalttaten ausgehen werden?“ so der GdP-NRW-Landesbezirksvorsitzende Frank Richter.

**MiZi**



**Einträgliches Geschäft: Große Demonstrationen bedeuten Hochkonjunktur für Pfandflaschen-Jäger. Fotos: Michael Zielasko**

nach Auffassung der GdP unnachichtig von der Justiz zur Verantwortung gezogen werden. Auch der GdP-Bundesvorsitzende kritisierte die fehlende politische Auseinandersetzung über das teilweise be-

wusste Zusammenspiel von linksextremer Ideologie und entsprechend motivierten Gewalttätigen und -taten als nicht länger hinnehmbar. Witthaut: „In demokratischen Parlamenten vertretene Parteien bereiten durch mangelnde Abgrenzung zu gewalttätigen Chaoten die Bühne für deren ritualisierten Hass auf Staat und Polizei.“

### Proteste gegen Rechte blieben friedlich

Auch rechtsextremistische Gruppierungen hatten den „Tag der Arbeit“ für Aufmärsche genutzt. Trotz zahlreicher Gegendemonstrationen blieb es bei diesen Versammlungen ohne nennenswerte Zwischenfälle. Lediglich im schleswig-holsteinischen Neumünster und im thüringischen Weimar waren wegen verschiedener Verstöße gegen Versammlungsaufgaben rechtsradikale Kundgebungen untersagt worden. Sitzblockaden hatten in Neubrandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, einen Aufmarsch der NPD aufgehalten.

Weitere Kundgebungen und Aufmärsche rechtsextremer Gruppierungen gab es am 1. Mai auch in Erfurt, Hof und Bautzen.

**MiZi**



# Änderungen im Urlaubsrecht

**Die bis zur einschneidenden Entscheidung des EuGH (sog. „Schultz-Hoff-Entscheidung“) vom 20. Januar 2009 bestehende Rechtslage, dass der Anspruch auf Urlaub als auch der Urlaubsabgeltungsanspruch erlischt, wenn der Beschäftigte während des vorgesehenen Bezugszeitraumes aufgrund z. B. von Krankheit nicht in der Lage war, seinen Anspruch wahrzunehmen, ist gekippt worden.**

Der Verfall dieser Ansprüche verstößt gegen Art. 7 der europäischen Arbeitszeitrichtlinie 2003/88 vom 4.11.2003:

„(1) Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, damit jeder Arbeitnehmer einen bezahlten Mindesturlaub von vier Wochen nach Maßgabe der Bedingungen für die Inanspruchnahme und die Gewährung erhält, die in den einzelstaatlichen Gepflogenheiten vorgesehen sind.“



Foto: Martin Roth/dpa

(2) Der bezahlte Mindestjahresurlaub darf außer bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses nicht durch eine finanzielle Vergütung ersetzt werden.“

Aufgrund der „Schultz-Hoff-Entscheidung“ sind einige Fragestellungen im Hinblick auf Urlaub und Krankheit höchststrichlich – durch BAG-Entscheidungen – geklärt worden. Es muss nun aufgrund der „neuen“ Rechtsprechung zwischen dem gesetzlichen Mindesturlaub von vier Wochen und dem tariflichen Mehrurlaub unterschieden werden, da die Entscheidungen des EuGH und des BAG nur den gesetzlichen Mindesturlaub von 20 Arbeitstagen bei einer Fünftagewoche betreffen.

Ungeklärt bleibt zunächst, was für tarifliche Ansprüche gilt, d. h. der tarifliche Mehrurlaub kann weiterhin erlöschen.

## Verfallfristen Erholungsurlaub

Die Regelungen des BUrlG und des TV-L/TVöD sehen für den Anspruch auf Erholungsurlaub bestimmte Verfallfristen vor:

Nach § 7 Absatz 3 BUrlG muss der Urlaub im laufenden Kalenderjahr gewährt und genommen werden. Eine Übertragung des Urlaubs auf das nächste Kalenderjahr ist nur statthaft, wenn dringende betriebliche oder in der Person des Arbeitnehmers liegende Gründe dies rechtfertigen. Im Fall der Übertragung muss der Urlaub in den ersten drei Monaten des Folgejahres, d. h. bis 31. März, gewährt und genommen werden.

§ 26 Absatz 2 Buchst. a TV-L/TVöD bestimmt abweichend von § 7 Absatz 3 BUrlG, dass im Fall der Übertragung der Erholungsurlaub in den ersten drei Monaten des folgenden Kalenderjahres angetreten werden muss. Kann der Erholungsurlaub wegen Arbeitsunfähigkeit oder aus betrieblichen/dienstlichen Gründen nicht bis zum 31. März angetreten werden, ist er bis zum 31. Mai anzutreten.

Tariflicher Urlaub erlischt danach gemäß § 26 Absatz 2 TV-L/TVöD in Verbindung mit § 7 Absatz 3 BUrlG grundsätzlich, wenn er nicht bis zum Ende des Kalenderjahres genommen worden ist. Eine Übertragung in das nächste Kalenderjahr ist nur statthaft, wenn dringende betriebliche oder in der Person des Beschäftigten liegende Gründe dies rechtfertigen. In diesem Fall muss der übertragene Urlaub gemäß § 26 Absatz 2 Buchst. a Satz 1 TV-L/TVöD bis zum 31. März des Folgejahres angetreten worden sein. Konnte der Erholungsurlaub wegen Arbeitsunfähigkeit oder aus dienstlichen Gründen nicht bis zum 31. März des Folgejahres angetreten werden, erlischt der Anspruch, wenn der Urlaub nicht bis zum 31. Mai angetreten worden ist.

Bisher war geregelt, dass der gesetzliche Urlaubsanspruch und der tarifliche (Mehr-)Urlaubsanspruch ersatzlos verfallen, wenn diese Verfallfristen nicht eingehalten worden sind.

## Die neue Rechtsprechung

Dies hat durch die neue Rechtsprechung – für den **gesetzlichen Urlaub** – eine Änderung erfahren. Danach verfällt der gesetzliche Mindesturlaub nicht mehr.

Krankheitsbedingt nicht genommener Urlaub kann deswegen auch noch nach Ablauf der Übertragungsfristen genommen werden. Er kann dem im Genesungsjahr neu entstandenen Urlaub hinzugerechnet werden. In den Fällen, in denen die verbleibenden Arbeitstage des Urlaubsjahres nicht ausreichen, um den angesammelten Urlaub in vollem Umfang zu nehmen, ist ein die Übertragung des Urlaubs rechtfertigender Grund in der Person des Beschäftigten anzunehmen.

## Keine unbegrenzte Urlaubsansammlung

Durch eine weitere aktuelle Entscheidung des EuGH ist jedoch keine unbegrenzte Ansammlung von Urlaubsansprüchen möglich, d. h. es können sich während der Krankheitszeit des Arbeitnehmers nicht Urlaubsansprüche für mehrere Jahre anhäufen. Mit **Urteil des EuGH vom 22.11.2011 (C-214/10)** ist die Möglichkeit für einen langzeiterkrankten Arbeitnehmer, Ansprüche auf bezahlten Jahresurlaub anzusammeln, durch einen Übertragungszeitraum von 15 Monaten eingeschränkt worden, nach dessen Ablauf der Urlaubsanspruch erlischt. So hat auch das **LAG Baden-Württemberg mit Urteil vom 21.12.2011 – 10 Sa 19/11** – entschieden. Dieses Urteil ist jedoch noch nicht rechtskräftig. Es bleibt abzuwarten, ob sich das BAG dieser Auffassung anschließen wird.

## Urlaubsabgeltungsanspruch

Ebenfalls Einfluss hat die neue Rechtsprechung auf den Urlaubsabgeltungsanspruch. Nur im Fall des Ausscheidens aus dem Arbeitsverhältnis kommt eine Abgeltung des wegen Erkrankung nicht beanspruchten Urlaubs in Betracht. Während des bestehenden Arbeitsverhältnisses ist die Urlaubsabgeltung nicht möglich. Hier ist Ausfluss der neuen Rechtsprechung, dass der Anspruch auf Abgeltung des gesetzlichen Urlaubs nicht erlischt, wenn dieser aufgrund von Krankheit nicht bis zum Ende des Übertragungszeitraums erfüllt werden kann. Allerdings muss der Anspruch auf Abgeltung des gesetzlichen Urlaubs durchsetzbar sein, d. h. er darf nicht verjährt sein.



Ob dies auch für den Abgeltungsanspruch im Umfang des tariflichen (Mehr-)Urlaubs gilt, bleibt abzuwarten, da bisher dazu noch keine Rechtsprechung vorliegt.

Der Abgeltungsanspruch nach § 7 Absatz 4 BurlG unterliegt der regelmäßigen Verjährungsfrist nach den §§ 194 ff. BGB (dreijährige Verjährung, § 195 BGB), da der Anspruch als reiner Geldanspruch zu behandeln ist.

Allerdings muss beachtet werden, dass nach dem **BAG-Urteil vom 9.8.2011 (9 AZR 352/10)** der Urlaubsabgeltungs-

spruch der tarifvertraglichen Ausschlussfrist gemäß § 37 TV-L/TVöD unterliegt.

Im Gegensatz dazu findet auf den gesetzlichen (Mindest-)Urlaubsanspruch (in Natur) die Ausschlussfrist gemäß § 37 TV-L/TVöD weiterhin keine Anwendung. Dieser unterliegt nach Wiedererlangung der Arbeitsfähigkeit allein der Befristung gemäß § 7 Absatz 3 BurlG. Jedoch unterliegen der Anspruch auf gesetzlichen Mindesturlaub wie der Abgeltungsanspruch der Verjährung nach §§ 194 ff. BGB.

Für den Beschäftigten folgt aus diesem

Urteil (9.8.2011) und somit der Anwendung der Ausschlussfrist hinsichtlich des Urlaubsabgeltungsanspruchs, dass dieser Anspruch bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses fällig wird. Eine über die Beendigung hinausgehende Arbeitsunfähigkeit ändert daran nichts; d. h. es ist egal, ob der Beschäftigte auch noch über den Zeitpunkt der Beendigung krank ist. Die Ausschlussfrist beginnt an dem Tag der Beendigung des Arbeitsverhältnisses und beträgt sechs Monate.

*Michaela Schenkluhn*

## Neuaufgabe der TV-L-Broschüre

Aufgrund der Tarifeinigung zum TV-L am 10. März 2011 wurde die Broschüre zum TV-L von der Abt. I Tarifpolitik neu aufgelegt. Nach langwierigen Redaktionsverhandlungen sind die Tarifverträge im Februar 2012 erschienen, so dass die Neuaufgabe im März 2012 fertiggestellt werden konnte. Mittlerweile wurden die Landesbezirke mit den Broschüren beliefert.

Diese Broschüre kann für 1,50 Euro auch käuflich erworben werden. Interessierte können sie bestellen unter

- Telefon: 0211-7104-212
- Fax: 0211-7104-270
- E-Mail: vdp.buchvertrieb@vdpolizei.de
- Online-Shop: www.VDPolizei.de

Um einen kurzen Überblick zu geben, anbei das Inhaltsverzeichnis der Broschüre.



Tarifvertrag für die Länder (TV-L) 5	
Inhaltsverzeichnis	
	Seite
A. Erläuterungen zum TV-L	6
B. Artikel DEUTSCHE POLIZEI	9
C. Erläuterungen zu der Entgeltordnung zum TV-L	14
D. Gegenüberstellung/Synopse TV-L (Allg. Teil) – BAT	30
E. Entgelttabellen	38
F. Vertragstext Tarifvertrag für die Länder (TV-L)	39
A. Allgemeiner Teil	43
B. Sonderregelungen	84
C. Anlagen	95
• Anlage A – TV-L EGO (nicht dargestellt; eigene Broschüre ver.d./GdP)	–
• Anlage B – Entgelttabelle gültig ab 01.01.2012	96
• Anlage C und D (nicht dargestellt) – Entgelttabelle Pflegekräfte/Ärzte	–
• Anlage E Teil A – Bereitschaftsdienstentgelte – Beschäftigte, deren Eingruppierung sich nach der Anlage 1 a zum BAT/BAT-O richtet	97
• Anlage E Teil B (nicht dargestellt) – Pflegekräfte	–
• Anlage E Teil C – Bereitschaftsdienstentgelte – Beschäftigte, deren Eingruppierung sich nach dem MfArb/MfAfb-O richtet	98
• Anlage F – Beträge der in der EGO geregelten Zulagen	99
G. Vertragstext Tarifvertrag zur Überleitung (TVÜ-L)	102
Anlagen:	
• Anlage 1 Teil A – Esetzte Tarifverträge	133
• Anlage 1 Teil B – Esetzte Tarifverträge bzw. Tarifvertragsregelungen	133
• Anlage 1 Teil C – Fortgeltende Tarifverträge	137
• Anlage 2 Teil A – Überleitungstabelle („Altbeschäftigte“)	139
• Anlage 3 – Strukturausgleiche für Angestellte	142
• Anlage 4 Teil A – Überleitungstabelle (ab 01.01.2006)	152
H. Vertragstext Tarifvertrag Einmalzahlung 2011	155
I. Tarifglossar	158



# „Das Stadion soll brennen“

**Polizeiberrat Michael Ebert, Leiter der Polizeiinspektion Rostock, sollte Recht behalten: „Wenn die Hansa-Fans sich heute daneben benehmen, dann dürfte die Entscheidung über eine finanzielle Rettung des hochverschuldeten Vereins durch die Rostocker Bürgerschaft gefallen sein. Von daher gehe ich davon aus, dass es ruhig bleibt.“ Prof. Michael Knape, Direktor beim Polizeipräsidenten Berlins und Chef der Direktion 6 pflichtet seinem Gast aus dem hohen Norden bei: „Uns ist zu Hilfe gekommen, dass die Stadt Rostock denen knallhart die Daumenschrauben angelegt hat. Das Potenzial war eindeutig da. Die Alt-Hools, die Ultraführer – sie alle waren mittendrin. Man hat es ja auch gemerkt: Nach der Provokation durch die beiden Union-Fans, war sofort die Bereitschaft da, über die Zäune zu klettern. Nur wegen der starken Polizeipräsenz im Innenraum haben sie es gelassen. Von den Ordnern hätten die sich nicht abschrecken lassen.“ Das friedliche Verhalten der Hansa-Fans in Berlin hat offenbar die Rostocker Bürgerschaft beeindruckt: nach langer Diskussion trifft sie eine Woche später die umstrittene Entscheidung, dem mit rund 8,5 Millionen Euro verschuldeten FC Hansa mit knapp zwei Millionen Euro wieder auf die Beine zu helfen.**

**K**urz nach dem Schlusspfiff kommt er doch noch, der kritische Moment: Zwei Union-Fans überklettern die Absperrung und laufen quer über den Platz vor den Gästeblock. Sie zeigen den Rostockern den Stinkefinger. Schon tobt es hinter dem Absperrzaun wie in einem Raubtierkäfig bei der ersten Fütterung nach längerer Fastenzeit. Sitzschalen fliegen auf den Platz, die ersten sitzen auf der Absperrung – und blicken in die ziemlich entschlossenen Mienen der Berliner Einsatzkräfte. Die

beiden Unioner werden abgeführt, es kehrt Ruhe ein. Es ist 15.45 Uhr an diesem warmen Aprilsonntag und wenige Minuten nach dem Abpfiff. Ein „Hochrisikospiele“ ist zu Ende und insgesamt gut ausgegangen. Nur nicht für Hansa Rostock: Mit 5:4 hat Union Berlin am Sonntag, 29. April 2012 in der Alten Försterei den erneuten Abstieg des FC Hansa besiegelt.

Der Club ist auf finanzielle Hilfe angewiesen, um weiter bestehen zu können. Am 9. Mai stimmte die Bürgerschaft der

Stadt Rostock über ein Hilfspaket ab, dass neben einem Erlass von 680.000 Euro Gewerbesteuer und dem Kauf eines vereinseigenen Geländes für 530.000 Euro auch eine Finanzspritze in Höhe von 750.000 Euro vorsieht. Hätten die Politiker nicht zugestimmt, wäre Hansa in die Insolvenz gegangen.



**Strenge Einlasskontrollen: Gefährliche Gegenstände wandern in die Tonne.**

Foto: Rüdiger Holecek

Aber nicht allein die bevorstehende Diskussion in der Rostocker Bürgerschaft ist der Grund für den guten Ausgang. 1.200 Berliner Polizeibeamtinnen und -beamte plus 600 Kolleginnen und Kollegen der Bundespolizei hatten unter der Leitung

## Reise & Erholung

**Wasser-Craft**  
rafting canyoning toboggan

**Sommer Abenteuer bei uns**  
TOP ANGEBOT  
Canyoning & Raftingtour,  
1x grillen am Lagerfeuer und  
2 UF / Pension DU-WC  
Preis pro Person ab € 155,-

office@rafting-oetztal.at  
www.rafting-oetztal.at  
Telefon: 0043 5252 4721

Bayerischer Wald, komf. FeWo\*\*\*\* v. Kollegen  
ab 2 Pers., ab 30 €/Tag, 93485 Rimbach, Tel./Fax:  
0 99 41 7118, www.ferienwohnung-gammer.de

Kollege bietet ruhige FEWO für 2-3 Pers. mit Terrasse im Ahrtal/Rheinland,  
Bad Neuenahr-Ahrweiler/Lantershofen, 35,- € pro Tag +10,- € Endreinigung.  
FEWO Retterath · Lambertustr. 3 · 53501 Lantershofen · Tel. 0 26 41/2 94 03, Fax 20 70 55

**Fehmarn/Ostsee**  
2-Raum-FeWo. für 4 Pers.,  
am Südstrand,  
50 m z. Promenade, Kabel-TV  
Preise gem. Saison  
Telefon: 040/6784581  
www.fehmarn4family.de

**BERLIN – Komf. FeWo in 2-Fam.-Haus**  
bis 5 Pers. – Tel.: 0 30/6 61 30 82  
www.fewo-feind.de

**Nordseeküste bei Büsum / St. Peter-Ording**  
Gemütl., ruhige FeWo, gr. Terr., Spielwiese.  
www.Ferienwohnungen-Deharden.de, 0 48 37/3 30

**Nordfriesland (dän. Grenze), Nähe Sylt.** 4\*-/3\*  
NR-FeWo., 2-4 Pers., ab 37,- €, 0 46 63/71 96,  
www.nf-fewo.de

**BERLIN, Ferienwohnung, Schöneberg**  
Kudammnähe, günstig, Tel. 089/78 58 28 05,  
kleiho@web.de

**INSELN IM INDISCHEN OZEAN**  
kl. fam. Anlagen mit Kollegentarifen ab € 45,- p./Tag  
Tel. 0 21 58/4 01 82 91  
www.inseln-im-indischen-ozean.de

**Franken, bei Bamberg, walddreiche Gegend, Lift,**  
Angeln, eigene Metzgerei, Menüwahl, 75 Betten,  
DU/WC/TV, HP 5 Tage ab 139,- €. Zur Sonne,  
96126 Pfaffendorf, Tel. 0 95 35/2 41, Prospekt

**München, Kollege bietet App. für 2 Personen,**  
ruhige Innenstadtlage, Tel. 01 51/50 11 06 87

**Berliner FeWo Villa Mahlsdorf**  
Tel. 0 30/56 58 58 58 oder 01 79/4 93 68 42

**Zittauer Gebirge – Kurort Jonsdorf**  
CZ/PL-Grenze, Ferienchalet Heidehof,  
Zollkollege bietet komf. Fewos für 2-6 Pers. in schöner Jugendstilvilla,  
Fahrradverleih  
Fam. Zein, Tel.: 03 58 44/7 27 23  
www.heidehof-jonsdorf.de

**TIROL: „Bergsommer“**  
**Silvrettagion – Paznauntal**

Romantisch, traumhaft gelegenes, sehr gepflegtes  
3-Sterne-Haus in einem der schönsten Täler Tirols.

Komfortzimmer, moderne u. gemütliche Appartements,  
Liegewiese, Terrasse, Kinderspielplatz,  
beheizter Swimmingpool, Internet, Tagesbar, Tischtennis,  
Tischfußball usw., wunderschöner Wellness-  
u. Fitnessbereich. Superwanderhotel in schönster  
Traumlage; Wanderungen d. d. Chef (Bergführer);  
Mountainbikeparadies.

**Neu:** Badese und Freizeitanlage!  
Superpaulwoche „Bergsommer 2012“ inkl.  
Frühstücksbuffet oder HP, abwechslungsreiches Aktiv-  
programm, Grill- u. Hüttenabend, 3 geführte Wanderungen  
u. vieles mehr.

**STARK ERMÄSSIGTE KOLLEGENPREISE!** Info: Ho-  
tel Gami BERGWELT, A-6553 See 19 · Tel.: +43 /  
54 41 / 83 97 · Fax: +43 / 54 41 / 83 97-19 · E-Mail:  
bergwelt@aon.at · Homepage: www.bergwelt-see.at

**Toskana Weingut, ruhige FeWo's + Zi. f.**  
2-6 Pers. auf priv. Anwesen. Nähe Cecina,  
8 km zum Meer, Tel. 00 39 05 86 65 00 83.  
www.anticafattoriasangioianni.it



## FUSSBALLEINSÄTZE



**Koordination von 1.800 Kräften: Einsatzleiter Prof. Michael Knappe inmitten des Lagezentrums.**

Prof. Knappe dafür gesorgt, dass eines der gefährlichsten Spiele der Saison glimpflich verlief. Insgesamt 1.800 Einsatzkräfte für zweimal elf Spieler und 18.300 Fußballfans und tausende Autofahrer, die in und um

die Wuhlheide zeitweise im Stau standen. Wegen der zunehmenden Gewalt im Zusammenhang mit Fußballbegegnungen muss die Polizei immer mehr Personal einsetzen. Über 1,5 Millionen Personal-

stunden leistete die Polizei in der vorangegangenen Saison (2010/2011)

### 1.800 Kräfte im Einsatz

Bundesweit allein anlässlich der Spiele der 1. und 2. Bundesliga sowie der internationalen Wettbewerbe. „Statistisch entsprechen die 1,5 Millionen Einsatzstunden der hauptamtlichen Verwendung von 1.154 Polizistinnen und Polizisten ausschließlich für Einsätze anlässlich von Fußballspielen“, so der Einsatzreferent der Polizei Nordrhein-Westfalen und Vorsitzender des Nationalen Ausschuss Sport und Sicherheit (NASS), Leitender Polizeidirektor Bernd Heinen. Der Personalaufwand zum Schutz von Fußballspielen, der die Polizei langsam aber sicher an ihre Belastungsgrenzen führt, ist weniger den 17,4 Millionen Zuschauern geschuldet, die diese Spiele sahen, als vielmehr den wenigen tausend unfriedlichen bis hochgefährlichen Ultras und Hooligans. Einen guten Teil davon stellt der FC Hansa Rostock. Kein Wunder, dass nicht nur die Rostocker Bürgerschaft langsam die Nase voll hat von dem letzten DDR-Meister und -Pokalsieger. So schreibt ein Fan des Traditionsvereins in seinem Blog: „Die gewaltbereite Szene in Rostock hat durch jahrelange Duldung ein Ausmaß erreicht,



**Rostocker Fans werden durch Einsatzkräfte in enger Begleitung und von Heimfans abgeschottet, zur Alten Försterei, der Heimstätte des 1. FC Union Berlin, gebracht.**

**Fotos: Rüdiger Holecek**



## FUSSBALLEINSÄTZE



Auch in Berlin werben die Rostock-Fans offensiv für die finanzielle Unterstützung des maroden Clubs durch die Hansestadt.  
Fotos: Rüdiger Holecek



Zufrieden: Margarete Koppers, Vize-Polizeipräsidentin Berlins und Prof. Michael Knappe.

dass sie wie ein Tumor in der Gesellschaft gedeihen konnte. Für mich ist es unbegreiflich, wie ein Fußballverein über all die Jahre die Augen schließen konnte. Seit der Wende randalieren Rostocker Chaoten bei Auswärtsspielen, schmeißen Gegenstände und Bengalos in gegnerische Fanblöcke, suchen die Auseinandersetzung mit der Polizei und was weiß ich noch. Die gastgebenden Vereine schauen mit Abneigung auf die Rostocker Anhänger, überall wo sie auftreten, herrscht Ausnahmezustand.“

## Kapitalmarkt

**Hypotheken, Beamten- u. Angestelltendarlehen Forwarddarlehen, Ratenkredite**  
Lösen Sie teure Kredite ab und senken Sie die monatlichen Kosten.  
Individuelle Beratung und beste Konditionen vermittelt:  
**IFS Hans-Joachim Janke**  
Königswall 1 • 44137 Dortmund  
[www.ifs-janke.de](http://www.ifs-janke.de) • Tel. 0231/9 1451 45

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997

**Unser Versprechen:** „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.  
Festzinsgarantie bei allen Laufzeiten: Ratenkredite bis 10 Jahre, Beamtendarlehen von 12 bis 20 Jahre.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.



**Top-Finanz.de • Nulltarif-☎ 0800-33 10 332**  
Andreas Wendholt • Unabhängige Kapitalvermittlung • Präl.-Höing-Str. 19 • 46325 Borken

**BARGELD noch HEUTE!**  
Tel. 0201/22 13 48  
Seit 1980 vermittelt PECUNIA GmbH Kredite von 1000–100000 €. • Laufzeit bis 240 Monate • ohne Auskunfft bis 10000 €  
45127 Essen • Gänsemarkt 21  
[www.pecunia-essen.de](http://www.pecunia-essen.de)

Beamtenkredite für Beamte auf Lebenszeit, Beamte auf Probe und Tarifbeschäftigte im Öffentlichen Dienst

**www.kredite-fuer-beamte.de**

oder fordern Sie Ihr persönliches Angebot telefonisch an unter 0800-500 9880

**Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!**  
**www.1a-Beamtendarlehen.de**  
Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD

**0800-040 40 41**  
Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren  
Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung  
Andreas Wendholt  
Präl.-Höing-Str. 19 • 46325 Borken-Wesela

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

**0800 - 1000 500**  
Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns, seit über 35 Jahren.



**Beamtendarlehen supergünstig**  
**5,27%** effektiver Jahreszins\*  
Laufzeit 7 Jahre

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamtendarlehen ab 10.000 € - 125.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

**AK FINANZ**

Kapitalvermittlungs-GmbH  
E3, 11 Planken  
68155 Mannheim  
Fax: (0621) 178180-25  
Info@AK-finanz.de

[www.AK-Finanz.de](http://www.AK-Finanz.de)

\*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.

Äußerst günstige Darlehen z.B. 30.000 € Sollzins (fest gebunden) 5,15%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 426 € effektiver Jahreszins 5,27%, Bruttobetrag 35.784 € Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Mobilkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten oder Restschuldsversicherung.



## FUSSBALLEINSÄTZE

Dem stimmt auch der Rostocker PI-Leiter zum Teil zu. Polizeioberrat Michael Ebert: „Diese Szene hat sich über zehn Jahre fast ungehindert entwickeln können. Die Rostocker Ultras haben einen eigenen Verein gegründet und Räumlichkeiten auf eigene Kosten angemietet. Dort kann jeder hinkommen und wird in die Gedankenwelt der Ultras eingeführt.“

Und weiter heißt es in dem Fan-Blog: „Kein Mensch mit gesundem Verstand wird es wagen, einen der führenden Hooligans anzuzeigen. Viel zu groß ist die Angst, ihm in der Stadt über den Weg zu laufen oder eines Abends Besuch von ein dutzend Schlägern zu bekommen, die die Bude aufräumen. Das wird auch vielen Polizisten so gehen. Bestimmt haben viele von ihnen Angst vor der Macht der Hooligans, gehen daher Kompromisse ein. Die Gefahr, sich im Privatleben zu begegnen, ist einfach zu hoch. Der Klub kann also nicht erwarten, dass ein Selbstreinigungsprozess der Fans das Problem lösen wird.“



**Stinkefinger gezeigt: Eisern-Union-Anhänger rennen vor die Gäste-Kurve, provozierte Rostocker steigen auf die Zäune.**



**Lageberuhigung: Ein massives Polizeiaufgebot hindert die Rostocker am Betreten der Spielfläche.**

„Das Stadion soll brennen“ – der in einschlägigen Rostocker Kreisen vor dem Spiel gegen Union Berlin kursierende Slogan hatte in der Wuhlheide alle Alarmglocken klingeln lassen. Prof. Knappe: „Während der Nacht vor dem Spiel waren Streifen des Sicherheitsdienstes im Stadion mit Sprengstoffhunden unterwegs. Schon Kinder werden als Transporteure für Pyrotechnik-Teile missbraucht.“

Dennoch: Bei der Durchsuchung des Stadions im Gästebereich stellte man fest, dass es den Ultras von Union während des freien Trainings gelungen war, rund 100 Fischbrötchen in den Gästebereich zu platzieren. Derartige Provokationen

können Schlachten auslösen. So ließ die Polizei auch einen Pufferblock innerhalb des Sitzplatzbereiches der Gäste einrichten. Zehn Sitzreihen wurden gesperrt und mit Netzen gesichert, um ein Überklettern zu verhindern.

Auch die Berliner Fans sind nicht ohne: In der Saison 2010/2011 hatten die Berliner Sicherheitsbehörden 1.267 Gewalttäter registriert. Das waren 190 mehr als 2009/2010. Spitzenreiter war zuletzt der Fünftligist BFC Dynamo mit 75 „gewaltsuchenden Anhängern“ der Kategorie C, die die Polizei am gefährlichsten einstuft, wie der „Berliner Kurier“ berichtet.

Die Sicherheitsvorkehrungen des



**Berlins Innensenator Frank Henkel verschafft sich bei Einsatzleiter Prof. Knappe einen Überblick der Lage. Fotos: Rüdiger Holecek**

Vereins und der Polizei gegen kaum zu unterschätzende Gewalttäter werden zu einer immer größeren Belastung für die friedlichen Fans, vor allem bei der An- und Abreise. Oft wird die Polizei in ihrem Bemühen, Schaden von Unbeteiligten abzuwenden, gerade von denen mit Beschwerden und Anzeigen überzogen.

Prof. Knappe, der gemeinsam mit Ulrich Kiworr den Kommentar Allgemeines Polizei- und Ordnungsrecht für Berlin verfasst (ISBN: 978-3-8011-0611-9, Verlag DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH): „Für einen solchen Einsatz muss man auch immer sehr genau und sehr penibel die Einzelaufträge, die



Leitlinien formulieren. Die werden nämlich allzu gerne vom Verwaltungsgericht in einem Verwaltungsstreitverfahren herangezogen und die Frage gestellt: Mit welcher Grundformation, mit welcher Grundausrichtung geht die Polizei taktisch an diesen Einsatz heran? Deshalb darf man nicht so einfach Schublade 43 nehmen. Man muss immer jede Lage neu beurteilen. Die Lagebeurteilung ist ein systemischer Prozess, ein Konglomerat aus Einsatzlehre – taktischen Gesichtspunkten in erster Linie aber auch rechtlichen Gesichtspunkten. Es ist ja taktisch nur das durchführbar, was rechtlich vertretbar ist. Aber auch kriminologische, kriminalistische und soziologische, ja sogar ethische Gesichtspunkte müssen in Ansatz gebracht werden. „Die Rechtsreferendarinnen und -referendare, die den Einsatz in der Wuhlheide begleiten, hängen an den Lippen des Professors, der im Einsatzanzug im Gleisbett der Straßenbahn steht.

**Es muss viel kommuniziert werden in einem solchen Einsatz, weil alles Grundrechtseingriffe sind.**

„Wenn wir den Unionern im Stadion sagen: Ihr bleibt noch hier, bis wir die Gäste raus haben, dann müssen wir auch sagen, warum. Es muss viel kommuniziert werden in einem solchen Einsatz, weil alles Grundrechtseingriffe sind. Selbst die enge Begleitung der Gäste zum Bahnhof kann eine sich bewegende Ingewahrnehmung sein, ein Kessel, der zu lange dauert, sowieso.“ Dennoch entgeht ihm nichts. „Freigabe, unmittelbarer Zwang!“ lautet sekundenschnell die Anweisung, als einige Unioner das Spielfeld stürmen. Die zwei Festgenommenen lässt er wieder laufen, sobald alle anderen auf dem Heimweg sind. Auch der Fan mit Stadionverbot, der sich über den Zaun auf das Gelände gemacht hat: „Der Verstoß gegen das Stadionverbot ist ein zivilrechtliches Verbot, das der Verein ausspricht und kein Festhaltegrund. Also: alle drei entlassen, sonst kommt der Polizeiführer in Schwierigkeiten.“

Demonstrationseinsätze finden wie Fußballereinsätze auf offener Bühne statt. Es sind nicht nur die Bürgerinnen und Bürger, die die Polizei akribisch beobachten und bewerten, sondern auch Medienvertreter und Politiker. Öffentliche Diskussionen nach einem Einsatz sind keine Seltenheit.

Rüdiger Holecek

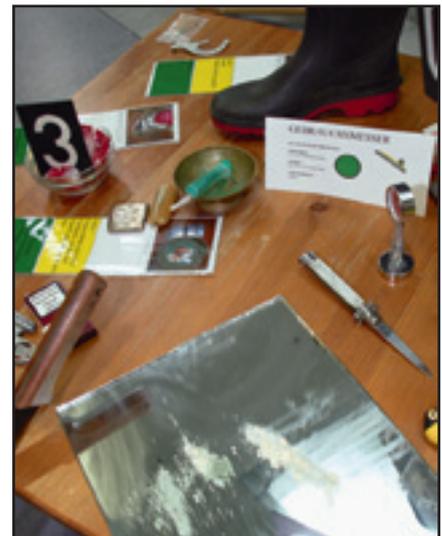
## Zwischen „Tatort Jugendzimmer“ und U-Haftvermeidung

**„Sicher leben in Stadt und Land“ war das Motto des 17. Deutschen Präventionstages, der Mitte April 2012 in München stattfand. Seit Jahrzehnten dient die Kriminalprävention nicht nur dem Ziel, die individuelle Kriminalität eines Menschen zu vermeiden, sondern ihr Anliegen ist es auch, Städte und Gemeinden sicherer zu machen. Niemals Opfer einer Straftat zu werden, sich in seinem sozialen Nahfeld sicher zu fühlen und letztlich damit auch ein entscheidendes Maß an Lebensqualität zu gewinnen, ist ein hohes Gut der Präventionsarbeit.**

Was haben eine Tube Klebstoff, verammelte Trinkflaschen aus PET und eine täuschend echt hergestellte Maschinenpistolenattrappe miteinander zu tun? Sie sind alle sichergestellte Gegenstände aus sogenannten Jugendzimmern. Man könne sich gar nicht vorstellen, was alles in Jugendzimmern aufbewahrt wird, wenn die eben noch so vertrauten Kinder gleichsam über Nacht zu Teenagern werden, die die von Erwachsenen gesetzten Grenzen ausloten wollen, erläutert Kriminalhauptkommissar Peter Köstlinger von der Polizeilichen Beratungsstelle der Polizeidirektion Friedrichshafen; Baden-Württemberg. Der von ihm betreute Stand auf dem Präventionstag schockiert und fasziniert zugleich. Manche Gegenstände, wie Messer, Schreckschusswaffen oder auch die zum Cannabiskonsum umfunktionierte PET-Flasche sind durchaus bekannt, aber die vorgeführte rund 4 cm große Dose, die an ein Jo-Jo erinnert, weckt zunächst keinen Argwohn. Köstlinger führt jedoch vor, dass man diese Dose aufschrauben und die in Boden und Deckel eingelassenen kleinen Nägel sehr effektiv zum Zermahlen von Cannabis benutzen kann. Es komme darauf an, die Eltern darüber zu informieren, welche harmlos aussehenden Gegenstände zu Zweckentfremdungen missbraucht werden könnten, erläutert Köstlinger. „Wer rechtzeitig auf einen Teenager einwirken will, braucht Kenntnis über das, was sich in Jugendzimmern abspielt. Ein bisschen Misstrauen gegenüber harmlos aussehenden Accessoires der Jugendkultur schadet nicht“, betont Peter Köstlinger.

Neben den klassischen polizeilichen Beratungsständen präsentierten sich auf dem Präventionstag wieder viele soziale Träger. Kriminalprävention ist auch der Versuch, durch erzieherische Hilfestellungen insbesondere im Kinder- und Jugendalter deviantes Verhalten zu ver-

meiden, bzw. einer Abwärtsspirale in die Jugendkriminalität entgegenzuwirken. Insbesondere dieser Aspekt ist die zentrale Forderung und ein Hauptanliegen der auf dem 17. Deutschen Präventionstag verabschiedeten „Münchener Erklärung“. Die Veranstaltungspartner DBH-Bildungswerk, der Freistaat Bayern, die Landeshauptstadt München, die Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes, die Stiftung Deutsches



In Jugendzimmer sichergestelltes Beweismaterial. Foto: Braun

Forum für Kriminalprävention und der WEISSER RING e. V. fordern von der Bundesrepublik Deutschland, dass der Sozial- und Wohlfahrtsstaat die verfassungsrechtlichen Grundlagen dafür zu schaffen habe, Desintegrationsfolgen abzumildern, soziale Ungleichheiten auszugleichen, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit herzustellen sowie den inneren Zusammenhalt der Gesellschaft zu sichern. „Sicher leben in Stadt und Land“ könne dadurch erreicht werden, dass jeder Einzelne im



## 17. DEUTSCHER PRÄVENTIONSTAG IN MÜNCHEN

Rahmen seiner persönlichen Freiheit dazu befähigt werde, sein Leben selbst zu bestimmen und an der Gesellschaft teilzuhaben.

In der „Münchener Erklärung“ weisen die Veranstalter des Präventionstages mit großer Nachdrücklichkeit auf eine nachhaltige Sozialpolitik hin. Soziale Ängste müssten auch weiterhin politisch thematisiert und dürften nicht, wie in anderen Staaten, allein mit repressiven Maßnahmen bekämpft werden. Der Deutsche Präventionstag fordert in diesem Zusammenhang eine breit angelegte gesellschaftliche Diskussion, in der auch viel stärker zum Ausdruck kommen müsse, dass ökonomische und gesellschaftliche Benachteiligungen eine wesentliche Ursache für kriminelles Verhalten seien. Deshalb sei eine gute Sozialpolitik in ihrer langfristigen und nachhaltigen Wirkung besser als eine auf Repression angelegte Kriminalpolitik, z. B. nach amerikanischem Vorbild. Wenn Repression als Teil einer Gesamtstrategie angewendet werden müsse, sei der Erziehung und Resozialisierung eindeutig Vorrang vor den generalpräventiven Aspekten der Strafe einzuräumen.

Abschließend gingen die Unterzeichner der „Münchener Erklärung“ auf die räumlichen Beziehungen der Kriminalprävention ein. Wer Kriminalprävention ausschließlich in allgemeinen und nahezu deutschlandweiten Bezügen thematisiere, liege falsch. Stattdessen sei es richtig, bei allen kriminalpräventiven Programmen, Projekten und Maßnahmen durch eine sorgfältige Problem- und Ursachenanalyse vor Ort, die lokalen, sozialen und kulturellen Kontexte von Kriminalität in einem definierbaren Sozialraum in Betracht zu ziehen. Nur so könne die Kriminalprävention tatsächlich einen Beitrag zum Abbau von Unsicherheit und Exklusion leisten.



*Typische Utensilien für den Drogenkonsum durch Jugendliche.*

*Foto: Braun*

Die fachtheoretischen Ausführungen, die sich auch in der „Münchener Erklärung“ wiederfinden, spiegeln sich in der konkreten und projektorientierten Umsetzung der zahlreichen Stände verschiedenster Organisationen wider. Das geforderte individuelle und auf die einzelne Person abgestellte Handeln kriminalpräventiver Projekte lässt sich z. B. sehr gut am Projekt der U-Haftvermeidung des Evangelischen Jugend- und Fürsorgewerk (EJF) erkennen. Seit über 12 Jahren betreibt das EJF im uckermärkischen Frostenwalde, im thüringischen Röttersdorf sowie in Berlin und Oberfranken für straffällige Jugendliche überwiegend stadtdferne, offene und pädagogische Einrichtungen zur U-Haftvermeidung. Diese Häuser zeigen durch ihre bloße Existenz verschiedene Aspekte der Kriminalprävention auf. Die Angebote wären nicht nötig, wenn bei den Jugendlichen, die hier leben müssen, nicht bereits eine kriminelle Karriere vorhanden wäre. Sie sind also auch Instrumente der Repression. Zugleich sind sie aber nach wie vor Einrichtungen der Prävention, denn es geht darum, in den Häusern gewissermaßen die letzte Chance für eine Erziehung

der straffällig gewordenen Jugendlichen zu nutzen. Schulische Angebote sind integraler Bestandteil einer Konzeption, die vor allem darauf beruht, den jungen Menschen etwas zu vermitteln, was ihnen ganz überwiegend in ihrem bisherigen Leben gefehlt hat: Klare Tagesstrukturen und Regeln, die einzuhalten sind sowie das Erleben individueller Wertschätzung und Respekt.

Die Gewerkschaft der Polizei ist seit vielen Jahren auf dem Präventionstag vertreten. Sie bietet dort Aufklärungsschriften und Informationsbroschüren zu vielfältigen Themen an. Dadurch entstehen zahlreiche Kontakte zu den vielen kriminalpräventiven Projekten der einzelnen Polizeibehörden, aber eben auch zu freien Trägern. Umgekehrt nehmen viele Besucherinnen und Besucher wahr, dass die Gewerkschaft der Polizei als Gesicht und Stimme der Polizei in Deutschland auf Prävention setzt. Die Wertschätzung, die der GdP dafür von Besucherinnen und Besuchern entgegengebracht wird, ist ein Mehrwert, für den sich die Arbeit allemal lohnt.

*Sascha Braun*



# Neues Internetportal präsentiert Fachwissen allgemeinverständlich

**Die Präventionsarbeit ist eine gesellschaftlich wichtige Aufgabe, weil man mit ihr die Ursachen für das Entstehen von Kriminalität bekämpfen und dadurch den Alltag aller Menschen in Deutschland sicherer gestalten kann. Wichtige Partner der Polizei bei dieser Arbeit sind die Bürgerinnen und Bürger. Denn je mehr sie beispielsweise über Sucht, Einbruchschutz, IT-Sicherheit oder Gebäudesicherung wissen, desto mehr können sie auch selbst dafür tun, um kriminelle Taten zu verhindern oder Menschen vor dem Abdriften in die Kriminalität zu bewahren.**

Mit dem neuen Präventionsportal „PolizeiDeinPartner.de“ setzt der VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH (VDP), ein Wirtschaftsunternehmen der Gewerkschaft der Polizei (GdP), ein Zeichen für Bürgernähe: „www.PolizeiDeinPartner.de“ – unter dieser Internetadresse finden interessierte Bürgerinnen und Bürger seit dem 16. April 2012 ein umfassendes Angebot von Themen rund um die Kriminalitätsprävention. Die Redaktion führte zahlreiche Interviews mit Präventionsexpertinnen und -experten aus der Praxis: Mit Polizistinnen und Polizisten, aber auch mit Vertretern von Selbsthilfinitiativen, Rechtsanwälten, Verbraucherschützern oder Wissenschaftlern. Die Texte zeichnen sich durch eine allgemeinverständliche Sprache aus. Viele enthalten auch Service- und Verhaltens-

## Übersichtliche Suchfunktionen

Unter „Themen“ findet man von „Diebstahl/Betrug“ über „Sucht“ bis zu „Zivilcourage“ zahlreiche Stichworte und inhaltlich dazu passende Artikel. Unter „Infos für...“ werden Inhalte zusammengestellt, die beispielsweise speziell Gewerbetreibende oder Urlauber interessieren dürften. Aber auch ein Zugriff über eine Volltextsuche oder eine Suchwort-Wolke ist möglich. Hier werden zentrale Begriffe entsprechend ihrer Bedeutung unterschiedlich groß angezeigt. Beim Anklicken eines Begriffs erscheinen die thematisch dazu passenden Artikel. Unter „Service“ kann man unter anderem die nächstgelegene kriminalpolizeiliche Beratungsstelle finden oder einen Bußgeldrechner nutzen. Auf der Startseite werden vier besonders aktuelle oder interessante Artikel in einem eigenen Feld mit wechselnden Inhalten besonders herausgehoben.

## Unterstützer aus der Wirtschaft

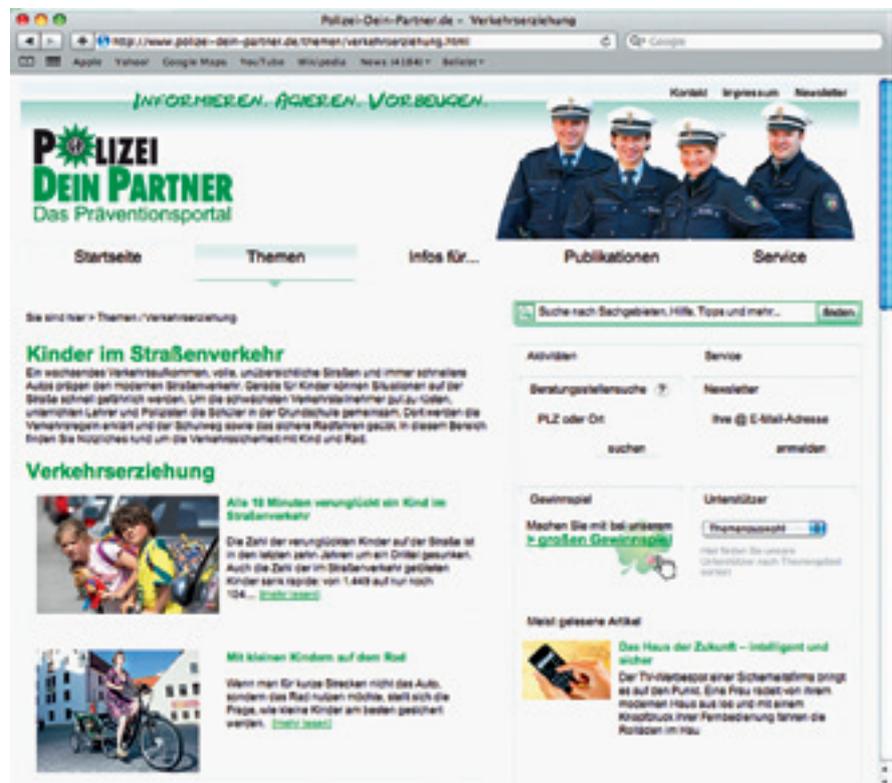
Das Portal PolizeiDeinPartner.de wird vom VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH in Hilden redaktionell und technisch betreut.

Der Verlag räumt Gewerbetreibenden die Möglichkeit ein, Werbung auf dem Portal zu schalten, um damit zu zeigen, dass

Suchfunktion direkt von der Startseite aus angesteuert wird.

## Stets schnell und aktuell

Das Präventionsportal wird regelmäßig gepflegt und um weitere Artikel ergänzt. Alle Bezieher von „Deutsche Polizei“ sind herzlich eingeladen, sich für den Newsletter von PolizeiDeinPartner.de zu registrieren. So werden sie einmal im Monat über neue und aktualisierte Artikel informiert. Auch freut sich die PolizeiDeinPartner.de-Redaktion über Anregungen und konstruktive Beiträge. Ein Gewinnspiel soll die Attraktivität des Portals gerade in der Startphase steigern. Und die Erweiterung um zusätzliche Module ist bereits in Arbeit: Unter dem Stichwort „Prävention kompakt“ plant die Redaktion eine um-



sie die wichtige Präventionsarbeit unterstützen und sich im Allgemeinen zur Präventionsarbeit in Deutschland bekennen. Unternehmen, die zum Beispiel Gewerke rund um die Sicherung von Gebäuden anbieten, können sich auch entgeltlich in eine Datenbank eintragen lassen, die über eine

fangreiche Stichwortsammlung, die alle Fachbegriffe, die in den Texten des Portals verwendet werden, in Form kurzer Lexikonartikel allgemeinverständlich aufbereitet. So wird PolizeiDeinPartner.de zu einem praktischen Nachschlagewerk und Begleiter durch den Alltag. **Bodo Andrae**





## Gesundheitliche Beeinträchtigung durch Einsatz am Brandort

Nachdem zwei Polizeibeamte zur Sicherung eines Brandortes zum Einsatz gekommen waren, hatten sie Verletzungen erlitten. Dafür mussten Behandlungskosten aufgewendet werden, die der Dienstherr den Beamten ersetzte.

Der Dienstherr machte dann einen Erstattungsanspruch gegenüber dem Brandverursacher geltend. Dieser Anspruch war nach den Grundsätzen der Geschäftsführung ohne Auftrag begründet. Die Absicherung des Gebäudes vor und während des Einsatzes der Feuerwehr war auch im Interesse des Brandverursachers und entsprach dessen mutmaßlichen Willen, da so gewährleistet werden konnte, dass nicht etwa Dritte in den Gefahrenbereich gelangten oder Schaulustige den Feuerwehreinsatz behinderten. Das trug wiederum dazu bei, dass der Umfang des Schadens bzw. der Kreis geschädigter Personen klein gehalten werden konnte. Das die vom Dienstherrn eingesetzten Beamten hoheitlich, zur Gefahrenabwehr, tätig geworden waren, hinderte die Annahme einer privatrechtlichen Geschäftsführung ohne Auftrag für den Verursacher nicht.

Die Annahme einer zivilrechtlichen Geschäftsführung ohne Auftrag der Verwaltung für den Bürger verbietet sich nicht einmal dann ohne weiteres, wenn die öffentliche Hand bei dem Vorgang hauptsächlich zur Erfüllung öffentlich-rechtlicher Pflichten tätig geworden ist. Im Zuge des Einsatzes hatte der Dienstherr Aufwendungen aufgrund der medizinischen Behandlung der beiden Polizeibeamten gehabt. Etwas anderes galt für die während des stationären Aufenthalts der Beamten vom Dienstherr weiter gezahlten Dienstbezüge. Diese waren keine Aufwendungen im Rahmen der Geschäftsführung ohne Auftrag, sondern wurden aufgrund beamtenrechtlicher Verpflichtungen gezahlt.

Auf den Umfang der gesundheitlichen Beeinträchtigungen kam es nicht an. Eine Gesundheitsbeschädigung oder Körperverletzung liegt in jedem Hervorrufen eines von den normalen körperlichen Funktionen nachteilig abweichenden Zustandes. Unerheblich ist, ob Schmerzzustände auftreten oder eine tiefgreifende Veränderung der Befindlichkeit eingetreten ist (**Urteil des Oberlandesgerichts Hamm vom 20.10.2011 – 6 U 116/11**).

*RA Dr. Otto*

## Öffentlicher Dienst – Besonderer Schutz für Schwerbehinderte

Ein öffentlicher Arbeitgeber ist gesetzlich verpflichtet, einen schwerbehinderten Menschen, der sich auf eine ausgeschriebene Stelle unter Mitteilung seiner Schwerbehinderteneigenschaft beworben hat, zu einem Vorstellungsgespräch einzuladen, es sei denn, diesem fehlt offensichtlich die fachliche Eignung für die ausgeschriebene Stelle. Eine unterbliebene Einladung lässt vermuten, dass der Bewerber wegen seiner Schwerbehinderung benachteiligt worden ist. Diese Vermutung kann der öffentliche Arbeitgeber durch den Beweis widerlegen, dass für die Nichteinladung nur solche Gründe vorgelegen haben, welche nicht die fehlende Eignung des Bewerbers oder dessen Schwerbehinderung betreffen. Liegt eine Benachteiligung vor, so hat der Arbeitnehmer einen Anspruch auf Entschädigung.

**Bundesarbeitsgericht – Urteil vom 16. Februar 2012 – 8 AZR 697/10**

*Quelle: DGB einblick 4/12*

## Sonderparkfläche für Schwerbehinderte

Grundsätzlich darf die Sonderparkfläche für Schwerbehinderte mit außergewöhnlicher Gehbehinderung nur dann benutzt werden, wenn ein noch gültiger Parkausweis für Behinderte gut lesbar im Fahrzeug ausgelegt wird.

Ein Polizeibeamter, der das Abschleppen eines Fahrzeugs von einer Sonderparkfläche anordnet, weil der ausgelegte Parkausweis abgelaufen ist, muss aber nicht erst bei zuständigen Stellen nachfragen, ob der Ausweisinhaber weiterhin die Voraussetzungen für die Ausstellung eines Parkausweises für Behinderte erfüllt.

Es gehört zu den Obliegenheiten des Inhabers eines Parkausweises für Behinderte, sich rechtzeitig um die Verlängerung bzw. Neuausstellung eines Parkausweises zu kümmern. Die Folgen eines entsprechenden Versäumnisses fallen in die Verantwortungssphäre des Ausweisinhabers. Daher besteht kein Anlass, von der Erhebung der Abschleppkosten abzusehen, wenn sich später herausstellt, dass die Voraussetzungen für die Ausstellung eines Parkausweises für Behinderte weiterhin bestehen.

**Diese Auffassung hat das Oberverwaltungsgericht Hamburg im Urteil vom 16.11.2011 – 5 Bf 292/10 – vertreten.**

*RA Dr. Otto*

## Missbrauch der Notrufnummer

Wenn es für die Inanspruchnahme der Notrufnummer 110 keinen Anlass gibt, wird der Missbrauch von Notrufen nach § 145 Strafgesetzbuch verwirklicht.

Eine einschränkende Auslegung dieser Vorschrift dahin, dass für den Tatbestand neben dem grundlosen Anwählen der Notrufnummer und der hierdurch bewirkten Herstellung einer Verbindung zur Notrufzentrale und Rufannahme auch ein etwaiger Gesprächsinhalt bzw. Äußerungen des Anrufers und deren Bewertung durch den Beamten in dem Sinne mit zu berücksichtigen wäre, dass erst hierdurch die von einem Notruf vorausgesetzte „Auslösefunktion“ eintreten könnte, ist weder dem Gesetzeswortlaut zu entnehmen noch ist sie nach dem Sinn und Zweck oder dem geschützten Rechtsgut der Strafvorschrift geboten.

**Diese Auffassung hat das Oberlandesgericht Bamberg im Beschluss vom 9.3.2011 – 3 Ss 20/11 – vertreten.**

*RA Dr. Otto*

## Genehmigung für Nebentätigkeit

Regelungen für die Genehmigung der Nebentätigkeit eines Beamten sind sowohl im Bundesrecht wie im Landesrecht enthalten. Gewisse Mindestanforderungen sind jedenfalls bundesrechtlich geregelt; diese Vorschriften überlassen die Ausgestaltung des Nebentätigkeitsrechts jedoch dem Landesgesetzgeber, der dadurch einen weiten Gestaltungsspielraum hat. Der Landesgesetzgeber kann also festlegen, welche Nebentätigkeiten zur Beeinträchtigung dienstlicher Interessen geeignet sind, um diese unter einen gesetzlichen Erlaubnis- oder Verbotsvorbehalt zu stellen.

In diesem Sinne hat sich das **Oberverwaltungsgericht Koblenz im Beschluss vom 18.2.2011 – 2 A 10040/11** – geäußert. Eine Nebentätigkeit, welche dienstlichen Interessen zuwiderläuft, ist danach ohne weiteres zu verbieten. Nach der Auffassung des Gerichts ist dem Landesgesetzgeber die Beibehaltung einer grundsätzlichen Genehmigungspflicht der Nebentätigkeit erlaubt. In dem konkreten Fall ging es um die Nebentätigkeit eines Polizeibeamten im Gewerbebetrieb seiner Ehefrau.

*RA Dr. Otto*



## Zu: Zutritt unter 16 verboten, DP 5/12

Sehr lobenswert finde ich, dass Sie in Ihrem Artikel den Ausschluss von Kindern in einigen Hotels als Diskriminierung anprangern.

Sehr bedauernd ist allerdings, dass Sie dann selber dazu übergehen, ein ganzes Volk zu diskriminieren (2. Absatz, letzter Satz, „...das urlaubende Kinder auf eine Stufe stellt mit alkoholisierten Russen...“). Seien Sie versichert, dass nicht alle Russen alkoholisiert durch die Welt laufen! Schade, dass Ihr ansonsten guter Artikel dadurch einen fremdenfeindlichen Touch bekommt. Es gibt auch genug Deutsche, die im Urlaub leider nicht immer die einfachsten gesellschaftlichen Regeln einhalten, insbesondere, wenn Alkohol im Spiel ist.

**Herbert Hülß, Bremen**



Man kann sich nur wundern, dass auch dieses Thema von einigen offenbar nur „schwarz und weiß“ gesehen wird. Ist es Zynismus, wenn „kinderfreie“ Hotels angeboten werden? Oder regeln Angebot und Nachfrage den Markt? Es gibt doch immer noch mehr „Kinderhotels“ als kinderfreie.

Es werden doch wesentlich mehr Urlaube für Familien in familienfreundlichen Hotels beworben, als eben jene in „Kinderfreien“. Ich muss mich doch sehr wundern, dass der Autor dann auch noch den Bogen schlägt, dass angeblich Eltern angesprochen sein sollen, ihre Ferien ohne die eigenen Kinder zu verbringen. Ich denke eher es werden Singles angesprochen, oder Paare und ältere Menschen ohne Kinder, oder solche, deren Kinder bereits aus dem Haus sind. Es ist doch jedes Menschen eigene Sache und Entscheidung, ob er in seinen persönlichen freien Wochen des Jahres, Kindergeschrei am Pool haben möchte, oder nicht. Ob er in Sichtweite den Spielplatz haben möchte, oder nicht.

Letztlich glaube ich auch, dass man nicht die Kinder nicht im Hotel haben möchte, sondern eher die Eltern, die sich selbst einen „kinderfreien“ Urlaub gönnen, obwohl sie ihre Kinder dabei haben.

Nicht das jetzt jemand denkt ich sei ein Kinderfeind. Ich bin selbst Mutter einer Tochter und habe einen Lebensgefährten, der noch zwei weitere Kinder hat.

Letztlich bin ich aber ganz klar der Meinung, wenn man sich für Kinder entschieden hat, dann muss man sich auch für Verant-

wortung entscheiden und das bedeutet, dass man auch Verantwortung dafür trägt, dass die eigenen Kinder sich so benehmen, dass andere auch Urlaub machen können.

Es ist mein Job, als Mutter dafür zu sorgen, dass mein Kind das Eis nicht im Pool isst. Wenn mein Kind nach dem Essen nicht mehr still sitzen möchte, dann muss ich mit meinem Kind gehen und nicht meinem Kind erlauben zwischen den Tischen fangen zu spielen und dabei alle anderen Gäste beim Essen zu stören. Und wenn meinem Kind langweilig ist, dann bin ich für die „Bespäugung“ zuständig, nicht die Inneneinrichtung.

Ich denke, dass es zu viele Eltern gibt, die sich dieser Verantwortung nicht bewusst sind, oder diese im Urlaub gern zu Hause lassen und dass es deswegen nötig wurde auch „kinderfreie“ Urlaube anzubieten.

Abschließend meine ich aber, dass wir in einer Demokratie leben. Es wird ja wohl erlaubt sein zu sagen, „Ich möchte meinen Urlaub ohne Kindergeschrei verbringen“.

Es schreit ja auch keiner weil es spezielle Kinderhotels gibt, oder spezielle FKK-Hotels, Reiter-Hotels und und und. Wer es diskriminierend findet, dass sein Kind in ein bestimmtes Hotel nicht rein darf, der kann sich doch ganz locker eines von den zigtausend Anderen aussuchen.

Urlaub ohne Kinder ist ein ANGEBOT kein Zwang.

**Martina Menn, Solingen**



Ich habe selbst zwei Kinder (11 und 17). Trotzdem kann ich den Artikel und das, was er beschreibt vollständig nachvollziehen. Ich gehe mit meiner Frau gerne mal essen, oder fahre mit Ihr zum Wellness in eine Therme. Bei beiden Gelegenheiten, und es sind nur Beispiele, gehen mir Kinder, die im Restaurant herumrennen, mächtig auf den Keks. Ich gehe Essen, nicht wegen der Nahrungsaufnahme, sondern weil man sich mal einen schönen Abend machen möchte, das Resultat: Kinder die im Restaurant nicht still sitzen können, geschweige mal leise sein können.

Wenn ich schön entspannend frühstücken will, suche ich mir schon Lokale, wo möglichst wenige Kinder vorhanden sind.

Meine Kinder hatten einen kleinen Werkzeugkasten gepackt, in diesem war Malzeug, etwas zu lesen, etwas zu spielen usw. drin. Damit blieben sie am Tisch sitzen und rannten nicht herum.

Das Problem sind nicht die Kinder. Das Problem sind Eltern, die aus Langeweile

oder weiß ich was für Gründen, Kinder bekommen haben, sich um diese nicht kümmern oder gar mit Ihnen reden. Man muss Kinder ja auch nicht erziehen. Das macht schon der Kindergarten. Warum soll ich mir denn als lieber Papa, Kumpel, Freund meines Kindes, mit ihm versauen? Mein Kind hat immer Recht, alle Anderen sind doof. Das diese Kinder andere Leuten nerven, versteht man natürlich nicht.

Aber das ist wie die Überschrift schon sagt, unsere Gesellschaft. Was kümmert mich der Andere – Hauptsache ich. Ich war 2006 das erste Mal auf Kur. Ich war der Jüngste bei vielen alten Leuten. Seit diesem Jahr verstehe ich jeden, der alte Leute nicht mag. Genauso wie ich die meisten Kinder unserer Zeit nicht mag, mag ich auch fast alle alten Menschen nicht mehr. Rücksichtslos – ichbezogen – unfreundlich usw.

Ausnahmen bestätigen immer wieder die Regel, aber leider sind das wirklich Ausnahmen. Wahrscheinlich bin ich jetzt das Schlimmste, was auf dieser Erde lebt, aber damit kann ich leben. Wir rühmen uns immer mit unserer Freiheit alles sagen zu dürfen – aber auch das darf man in dieser Gesellschaft von Gutmenschen ja auch nicht mehr.

**Christian Schwager, per E-Mail**



Zu meiner Person ist zu sagen, dass ich 56 Jahre alt, verheiratet und Vater zweier erwachsener Töchter bin. Mein Beruf als Polizeibeamter des Landes NRW hat mich bereits mit vielen Menschen in Kontakt gebracht. Ich finde es erschreckend, wie Herr Gesterkamp als Autor des Berichts, sich über die auslässt, die sich eine solche beschriebene Unterkunft ohne Kinder wünschen bzw. eine solche betreiben.

Auch ich gehöre zu denen, die im Urlaub kein Hotel mit Animation rund um die Uhr mit dazugehöriger Kinderbelustigung in voller Lautstärke benötigen. Meine Frau (schwerbehindert) und ich genießen die relative Ruhe im Hotel auch dann, wenn kein Kindergeschrei zu hören ist.

Das traurige ist, dass es hierzulande scheinbar keine individuellen Wünsche mehr geben soll. Alles muss für alle zur Verfügung stehen. Sobald etwas nur für eine bestimmte Bevölkerungsklientel angeboten wird, werden alle anderen automatisch dadurch diskriminiert.

So wie Sie das sehen, Herr Gesterkamp, bin ich gern ein Egoist und hoffe nur, dass Ihresgleichen mit Ihrer Gleichmacherei keinen Erfolg haben und weitere Hoteliers sich die Freiheit nehmen, Ihr Hotel einer bestimmten Klientel anzubieten.

**Wilfried Gierling, Eitorf-Sieg**



**25 JAHRE SENIORENGRUPPE BUND**

## Witthaut: „Die Senioren sind ein Aktivposten in unserer Gewerkschaft der Polizei“

**In einem festlichen Rahmen mit Freunden und Gästen beging die Bundesseniorengruppen der Gewerkschaft der Polizei (GdP) im Mai in Berlin ihr 25-jähriges Bestehen. „Ich freue mich, dass so viele Kolleginnen und Kollegen, die alle ein Stück Gewerkschaftsgeschichte mitgeschrieben haben und immer noch mitgestalten, zwei Tage mit uns in Berlin verbringen. Ich freue mich dass sie rückwärtsblickend, vorwärtsdenkend – Visionen entwickeln wollen, die wir mitnehmen können für die weitere gewerkschaftliche Arbeit,“ begrüßte der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bernhard Witthaut die aktiven Jubilare und Jubilarinnen. Witthaut: „25 Jahre Seniorenarbeit ist eine gute Zeit, auf die wir zurückblicken. Die Senioren sind ein Aktivposten in unserer Gewerkschaft.“**

„Weißt Du noch?“ Zwar leitete diese Frage viele Gespräche in den Pausen und während des geselligen Abends ein, und ließ Vergangenes Revue passieren. In den



**Bernhard Witthaut, GdP-Bundesvorsitzender: „25 Jahre Seniorenarbeit ist eine gute Zeit, auf die wir zurückblicken.“**

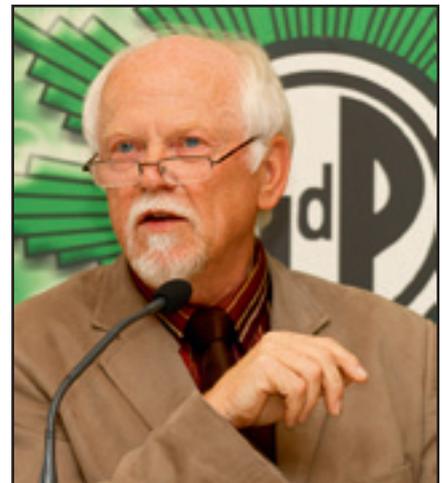
Redebeiträgen des offiziellen Programms hielten sich die Seniorinnen und Senioren strikt an ihr Motto: „Erfahrung gestaltet Zukunft“.

Anton Wiemers, amtierender Vorsitzender des Bundesseniorenvorstandes ließ in seiner Rede keinen Zweifel daran, dass die Vertretung der rund 30.000 aus dem Dienst ausgeschiedenen Polizeibeschäftigten in der GdP, sich auch künftig nicht auf die Parkbank setzen lässt. Kämpferisch

wie immer klagte er mehr Beteiligung und Kompetenzen zur Gestaltung der Gewerkschaftspolitik ein und mahnte auch den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), die Senioren aktiver an der Politik zu beteiligen. Anton Wiemers: „Muss es uns Gewerkschafter nicht nachdenklich machen, dass immer mehr Bürgerstiftungen Gemeinnutz organisieren und die Plattform bieten, auch im Alter mit seinem Geld und seiner Zeit etwas Sinnvolles für das Allgemeinwohl zu leisten? Wiemers versicherte: „Wir nehmen die Probleme und Herausforderungen des Alltags an, die Kolleginnen und Kollegen haben einen Anspruch darauf. Es wird honoriert, dass man sich klar für die Kolleginnen und Kollegen einsetzt. Es ist mühsam: Wir müssen fast bei jeder Kleinigkeit Mitbestimmung einklagen. Aber: Gewerkschafter haben keine Angst. Wir Älteren haben klare Ziele. Wir werden für unsere Rechte kämpfen!“

Die Gewerkschaften, so der Bundesseniorenvorsitzende, sollten mit der Kraft ihrer Seniorinnen und Senioren ihren politischen Einfluss nutzen und für menschenwürdigere Lebensbedingungen im Alter, insbesondere in der Pflege einsetzen. Wiemers, nannte es einen Skandal, dass zehntausende alte Menschen in Pflegeheimen gefesselt würden, oft gegen ihren Willen. Wiemers: „Sie müssen ruhiggestellt werden, ob mit Medikamenten, Bettgittern oder Gurten, weil sonst die überlasteten, unterbesetzten und unterbezahlten Pflegerinnen und Pfleger ihre Aufgabe nicht mehr bewältigen können.“ Das Geld hierfür sei da, so Wiemers. Mit einer effizienteren Bekämpfung der

Wirtschaftskriminalität und der Ausrottung der Zockerei auf den Kapitalmärkten sei der Sozialstaat ohne weiteres zu sichern. Auch den nachfolgenden Generationen, selbst in der eigenen Organisation, gilt die Aufmerksamkeit der kämpferischen Alten: „Wie sieht es aus mit der Fürsorge für Vorstandsmitglieder aus? Wie sieht es mit der Fürsorge für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Gewerkschaft aus? Wie sieht es mit der Mitbestimmung in gewerkschaftseigenen Betrieben aus? Welchen



**Anton Wiemers, Bundesseniorenvorsitzender: „Auch der DGB muss die Senioren aktiver an der Politik beteiligen!“**

Stellenwert hat die Anerkennungskultur?“

Seine unter der Überschrift „Zeitreise“ gestellten, nicht selten provokativen Botschaften beendete der Bundesseniorenvorsitzende mit den Worten: „Wichtig war und ist mir, die Seele der Älteren in der GdP darzustellen, damit wir aufeinander zugehen können, denn unsere Stärke liegt im Miteinander.“

Hugo Müller, zuständig nicht nur für die Seniorenarbeit im Geschäftsführenden Bundesvorstand, sondern auch für den Bereich Junge Gruppe und Mitgliederentwicklung, mahnte: „Gewerkschaftsarbeit bedeutet auch in kritischen und schwierigen Zeiten: Dabeibleiben, Mitreden, Mitarbeiten!“ Müller erinnerte an schwierige Zeiten





**Voller Saal, volle Aufmerksamkeit bei den Redebeiträgen zum 25. Jubiläum der Bundesseniorengruppe. Vorne: die ehemaligen Bundesseniorenvorsitzenden Heinz Blatt (Rheinland-Pfalz), Artur Jung (Saarland) und der Vorsitzende der Ehemaligen/Reservisten/Hinterbliebenen des Deutschen Bundeswehrverbandes e.V. (DBwV), Hauptmann a.D. Rolf Meyer.(v.l.)**

„Ich glaube, dass der demografische Wandel eine unwahrscheinliche Chance für die Gesamtorganisation ist. Denn das Miteinander der Generationen ist eine zwingende Notwendigkeit, sonst müssten wir uns trennen. Das Miteinander der Generationen ist ein Gebot. Dazu gehört natürlich die gelebte Toleranz, auch wenn sie einem manchmal auf den Wecker geht. Das gehört dazu. Die Solidarität hat den Auftrag, zu tragfähigen Ergebnissen zu führen.“ Wie immer legte Lutz den Finger in klaffende gesellschaftspolitische Wunden.

auch in der Mitgliederentwicklung die die GdP überwunden habe. Müller: „Ende der 90er-Jahre gab es massive Mitgliederverluste, die uns politisch und wirtschaftlich weh taten. Anfang des neuen Jahrtausends haben wir im Rahmen eines großangelegten Mitgliederprojektes untersucht, warum Mitglieder nicht mehr zur GdP stehen wollten und umfangreiche Befragungen durchgeführt. Dabei ermittelten wir einen wichtigen Befund: Ein Drittel aller Ausgetretenen waren im oder standen unmittelbar vor dem Ruhestand, bzw. vor dem Renteneintritt. Und ihre Aussage lautete: Im Rahmen einer Kosten-Nutzen-Analyse bin ich zu dem Ergebnis gekommen, das die Gewerkschaft mir jetzt nichts mehr bringt.



**Hermann Lutz, ehemaliger Bundesvorsitzender der GdP: „Wir haben noch viel zu tun!“**

Ich halte sie nach wie vor für gut, aber was habe ich noch davon? Die Anteile der Senioren an den Austritten waren überproportional. Das hat uns alarmiert.“

Hugo Müller berichtete von intensiven Gesprächen mit den Seniorengruppen in den Ländern und der Bundesseniorengruppe, aus denen zahlreiche Projekte, begleitet von der Abteilung Werbung der GdP-Bund, erwachsen. Müller: „Das Aktiv-Programm Senioren und Seminarreihen zum Vorruhestand, um nur zwei Beispiele zu nennen, zeigten, dass die GdP das Problem erkannt und strategisch daran gearbeitet hat. Heute zeigt sich, dass der Anteil der Austritte bei den älteren Mitgliedern im Verhältnis zu allen anderen Altersgruppen unterdurchschnittlich ist. Das zeigt, dass solche Entwicklungen nicht schicksalhaft sind und man ihnen auch nicht hilflos gegenübersteht.“

Optimismus, seinem Lebensmotto, blieb auch Hermann Lutz treu, der nach vielen Jahren wieder einmal die Bühne der seiner Organisation auf Bundesebene betrat. Der heute 74-Jährige war Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei von 1986 bis 1998 und weit über seinen Ruhestand hinaus Präsident der Union der europäischen Polizeigewerkschaften, heute EuroCop.

Brüssel habe das Jahr 2012 zum „Europäischen Jahr des aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen“ erhoben. Lutz: „Wie sieht die Wirklichkeit aus? Diskutiert wird, älteren Menschen den Führerschein abzunehmen. Die Bewerbung eines 62-Jährigen auf eine freie Stelle wird auch Altersgründen nicht berücksichtigt. Der Betroffene erhält erst vor dem Bundesgerichtshof recht. Wer in Deutschland bei einer Bewerbung sein Alter, Geschlecht oder Migrationshintergrund angibt, wird seltener zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen. Kredite an das Alter 65 Plus werden kaum vergeben. Versicherer lehnen Verträge mit älteren Menschen in bestimmten Sparten ab. Sind



**Hugo Müller, stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender: „Seniorenprojekte erfolgreich angestoßen“.**



Pensionen und Renten in Zukunft noch bezahlbar? Soll ab 75 ein Gutachten über die Lebenserwartung, über Transplantationen entscheiden? Vor wenigen Tagen forderte Bundesgesundheitsminister Bahr eine Begrenzung von Knie- und Gelenkoperationen wegen der enormen Fallzahlsteigerung in den letzten Jahren. Ihr seht, wir haben noch viel zu tun.“

Lutz wehrte sich gegen die „oberflächliche Betrachtung des Alters als Kosten- und Risikofaktor und nannte Beispiele für den gesellschaftlichen Gewinn durch alte Menschen: „Ohne die Senioren wäre das Ehrenamt eine sterbende Einrichtung; mehr als die Hälfte aller Ehrenamtsfunktionen werden von älteren Menschen getragen. Der Bundesfreiwilligendienst, im vergangenen Jahr eingeführt, wird fast zu einem Drittel von der älteren Generation übernommen. Über eine Million ältere Menschen mit Sozialversicherung und Hunderttausende mit Mini-Job stellen ihre Arbeitsleistung auch nach dem Ruhestands- und Rentenalter zur Verfügung. Die Zahl der Selbstständigen und Freiberufler ab dem 60. Lebensjahr nimmt von Jahr zu Jahr zu. In der Entwicklungshilfe engagieren sich tausende Ältere mit steigender Tendenz. Unzählige Ältere sind in Kirchen, Verbänden, Kindergärten und Nachbarschaftshilfen tätig. Ohne die Großeltern, die die Kinderbetreuung übernehmen, wären viele Berufstätige junge Eltern aufgeschmissen.“

Gleichzeitig warnte Lutz vor angstmachenden Prognosen: „Alle Langzeitprognosen und damit alle Horrorszenerien der letzten hundert Jahre sind nicht eingetreten. Selbst wenn man von einem Produktivitätszuwachs von nur einem Prozent bis 2050 ausginge, ließen sich bei prognostizierter



**Dagmar Hölzl, Vorsitzende der Frauengruppe (Bund): „Gute Betreuungsarbeit für die Seniorinnen.“**



**Sabrina Kunz, Bundesvorsitzende der JUNGES GRUPPE in der GdP: „Jugend- und Seniorenvertretungen verhindern Generationenkonflikte.“**



**Jörn Wunderlich, Obmann der Partei DIE LINKE im Bundestagsausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: „Die soziale Lage der älteren Menschen verbessern!“**

Bedrohung, sondern eine Chance ist. Solidarität ist ein Geben und Nehmen. Die stetig wachsende Zahl der Senioren möchte sich respektvoll in den gesellschaftlichen Entscheidungen ihrer GdP wiederfinden.“

Immer wieder hat der Bundesseniorenvorstand den Dialog auch mit den jungen Mitgliedern und der Frauengruppe (Bund) gepflegt. Dagmar Hölzl, Vorsitzende der Frauengruppe (Bund), stellte fest, dass der Anteil der Seniorinnen in der Seniorengruppe 16 Prozent beträgt. „Ich möchte

Bevölkerungsentwicklung nicht nur die Alterseinkünfte locker zahlen, sondern auch noch unser aller Wohlstand kräftig ausbauen.“

Sein Appell an die GdP: „Die Gewerkschaft der Polizei muss fest im Auge behalten, dass der demographische Wandel keine

Euch danken, dass Ihr Euch so gut um die Seniorinnen kümmert.“

Sabrina Kunz, Bundesvorsitzende der JUNGES GRUPPE (GdP): „Unterm Strich tragen Jugend- und Seniorenvertretungen dazu bei, dass es nicht zu Generationenkonflikten kommt – wie sie insbesondere bei der Debatte rund um die demografische Entwicklung immer wieder prophezeit werden.“ Sie vermerkte kritisch. „Im dynamischen Alltag wird viel zu wenig daran gedacht, die Erfahrensten unter uns nach ihrer Meinung zu fragen.“ Wenn es um klassische Themen in der Seniorenarbeit gehe, wie z.B. Veränderungen im Versorgungsbereich oder aber Verlängerung der Lebensarbeitszeiten, so dürften die Seniorinnen und Senioren nicht auf sich alleine gestellt sein. Kunz: „Verkannt wird dabei, dass es sich um eine Situation handelt, welche auch irgendwann für den Nachwuchs akut wird. Es ist für uns wichtig, dass uns die Älteren vor steigenden Belastungen warnen und uns die Augen öffnen. Ich erinnere mich noch gut, als der damalige Bundes- und Landesseniorenvorsitzende aus Rheinland-Pfalz, Heinz Blatt, zu mir als damalige Landesjugendvorsitzende sagte ‚Was man uns Älteren heute nimmt, werden die Jüngeren – und damit ihr – später erst gar nicht bekommen.‘“ *hol*

*Fotos (8): GdP/Stiebitz*

## Seniorengruppe – ein Begleiter für die „Zeit danach“

**Fünf Jahre Seniorengruppe Bund, das sind nicht nur 25 Jahre ehrenamtliche Interessenvertretung in einer sich ständig ändernden Welt zwischen allen möglichen Fronten. Jahre, in denen sich die Bediensteten der Polizei und die Versorgungsempfänger immer wieder im kritischen Rampenlicht der Öffentlichkeit bewegt haben.**

Und so geht es bei diesem Jubiläum nicht in erster Linie um stolze Bilanzen: Es geht darum, immer wieder den Ansatz für die Zukunft gemeinsam zu überdenken. Mein Glückwunsch ist daher verbunden mit der Ermutigung, neue Ziele und Herausforderungen unbeirrt zu verfolgen.

### Informieren, mitmachen und aktiv teilhaben

Aktivitäten sind gefragt, die darauf ausgerichtet sind, sich zu informieren sowohl in gewerkschaftlicher als auch in

gesellschaftspolitischer Hinsicht. Denn nur durch gute Information untereinander und Aktivitäten können wir etwas bewegen und erreichen. Besonders in der kommenden Zeit, der Zeit der Kürzungen und Einsparungen, der zunehmenden Zahl der Senioren, wird dies dringend erforderlich sein. Es wird nicht mehr genügen, auf Delegiertentagen und Konferenzen die Lage zu erörtern und sich zu empören. Wir werden verstärkt handeln müssen, um auf unsere Probleme aufmerksam zu machen. Es ist für Gewerkschaftssenioren selbstverständlich und in diesem Zusammenhang erwähnenswert, dass sie sich an





**Heinz Blatt –  
Vorsitzender der  
Seniorengruppe Bund  
von April 1998 bis  
April 2006**

Aktionen ihrer Gewerkschaft beteiligen und bei Demonstrationen mit den aktiven Kolleginnen und Kollegen ihre Ablehnung und ihren Unmut gegen sozial unzumutbare Regelungen nach außen tragen. Das fördert auch die Solidari-

tät zwischen den Aktiven – gerne auch den Jüngeren – und den Pensionären und Rentnern. Ebenso möchte ich mit meinen „Gedanken zum Jubiläum“ auch dokumentieren, dass wir – die Senioren – eingebunden sind in die große Familie der Gewerkschaft der Polizei. Denn Eingebundensein des Menschen in seine Familie, seinen Freundeskreis, in Gruppen, bestimmt in hohem Maße seine Zufriedenheit, die Art und Weise, wie er mit veränderten Lebenssituationen umgeht. Andererseits bedeutet dies aber auch: Sich einbringen in die Aktivitäten.

Ein kluger Mann soll einmal gesagt haben: „Was die Mitarbeit oder Nicht-mitarbeit in der Politik oder bei den Gewerkschaften anbelangt, so ist es wie bei einem Kartenspiel. Wenn sie das Mischen

der Karten immer den anderen überlassen, dürfen sie sich nicht wundern, wenn sie keine Trümpfe auf der Hand haben“.

### Mischen wir also mit!

Neben diesen „Gedanken zum Jubiläum“ und meiner Gratulation erhoffe und wünsche ich mir als Pensionär für die Zukunft, dass es mit der Seniorengruppe kontinuierlich weitergeht und viele Kolleginnen und Kollegen – vor allem Neu(Jung)Pensionäre – bereit sind, mitzuarbeiten und Verantwortung zu übernehmen und dass wir weiterhin sagen können: „Gut, dass es sie gibt – die Seniorengruppe der Gewerkschaft der Polizei!“

**Heinz Blatt**

## Anerkennung in den Landesbezirken

Die GdP-Seniorengruppe feierte am 10. und 11. Mai 2012 ihr 25-jähriges Jubiläum. Hierzu möchte ich einen kleinen Rückblick auf meine 4-jährige Amtszeit 2006 bis 2010 als Bundesseniorenvorsitzender geben. In dieser Zeit mussten einige Problemfelder angegangen werden, deren Umsetzung ich mir anfangs doch etwas leichter vorgestellt hatte, als es sich dann zeigte. Hier war ein Thema das ins Leben gerufene Aktivprogramm für Senioren (APS), das weiter fortgeschrieben und auch in den Landesbezirken umgesetzt werden musste.

Zweiter Punkt war für mich die formelle Anerkennung der Seniorenarbeit in den einzelnen Landesbezirken, was z. B. nach

durch die Aufnahme der offiziellen Mitarbeit des Seniorenvorstandes im GLV in den Satzungen zum Ausdruck gebracht werden kann.

Heute darf ich konstatieren, dass sich die Seniorenarbeit in vielen Landesbezirken erheblich verbessert hat. Die Senioren werden in die eigentliche gewerkschaftliche Arbeit intensiver eingebunden, was für mich immer schon eine Selbstverständlichkeit darstellte. In den Landesbezirken wird die Seniorenarbeit mehr und mehr als wichtiger Bestandteil anerkannt.

Die Senioren sollen sich in den Landesbezirken wohl fühlen und das Argu-



**Artur Jung –  
Vorsitzender der  
Seniorengruppe  
Bund von April 2006  
bis April 2010**

ment, sie seien nur als Beitragszahler willkommen, sollte niemand mehr verwenden können. Wir wollen mitarbeiten und wir wollen anerkannt werden!

Die Jubiläumsveranstaltung sollte zum Anlass genommen werden, die Seniorenarbeit weiter voran zu bringen.

**Artur Jung**



**Deutsche  
Polizei**

Nr. 6 • 61. Jahrgang 2012 • Fachzeitschrift und Organ der Gewerkschaft der Polizei

**Herausgeber:** Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Stromstr. 4, 10555 Berlin  
**Telefon Berlin** (030) 399921-0 Fax (030) 399921-200  
**Internet:** www.gdp.de

**Chefredakteur/Leiter Abt. Presse:** Rüdiger Holecek,  
**Stellv. Chefredakteurin/Stellv. Leiterin Abt. Presse:** Marion Tetzner  
**Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4, 10555 Berlin**  
**Telefon:** (030) 39 99 21 - 113, - 117, Fax (030) 39 99 21 - 200  
**E-Mail:** gdp-redaktion@gdp-online.de  
**Grafische Gestaltung & Layout:** Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten. In DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden ggf. auf www.gdp.de und GdP-APP verbreitet.

#### Erscheinungsweise und Bezugspreis:

Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr. Bestellung an den Verlag.  
Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten

#### Titel

Foto und Gestaltung: Rembert Stolzenfeld



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**  
**Anzeigenverwaltung**  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,  
Fax (0211) 7104-174  
**E-Mail:** av@vdpolizei.de  
**Geschäftsführer:**  
Bodo Andrae, Joachim Kranz

**Anzeigenleiterin:**  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 34  
vom 1. Januar 2012



**Druckauflage dieser Ausgabe:**  
176.927 Exemplare  
ISSN 0949-2844

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG,  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,  
Postfach 1452, 47594 Geldern,  
Telefon (02831) 396-0,  
Fax (02831) 89887



# Für Studium und Praxis

## Lehr- und Studienbriefe Kriminalistik/Kriminologie

Herausgegeben von:

**Horst Clages**, Ltd. Kriminaldirektor a. D.,  
**Klaus Neidhardt**, Präsident der Deutschen  
Hochschule der Polizei.

Format: 17 x 24 cm.

12,90 EUR [D], 23,30 sFr. je Brief im Abonnement und  
14,90 EUR [D], 26,70 sFr. je Brief im Einzelbezug.



### Neuerscheinung:

#### **Band 18:** **Delikte gegen Kinder**

Von  
**Reingard Nisse**

112 Seiten  
ISBN 978-3-8011-0668-3



#### **Die Autorin**

*Prof. Dr. Reingard Nisse*,  
vormals stellvertretende  
Präsidentin der FH Polizei  
des Landes Brandenburg.

Die Aktivitäten zum Kinderschutz wurden in der Bundesrepublik Deutschland im letzten Jahrzehnt verstärkt und die rechtlichen Grundlagen in diesem Bereich präzisiert. Ein flächendeckendes Netzwerk zum Kinderschutz hat sich etabliert, in das auch die Polizei eingebunden ist. Ihr obliegen entsprechend polizeirechtlicher, straf- und strafprozessrechtlicher Gesetzesregelungen sowie auch aufgrund von Polizeidienstvorschriften verschiedene Pflichten und Rechte zum Schutz des Kindes.

In diesem Studienbrief werden in knapper Form die wesentlichen Erscheinungsformen von Delikten gegen Kinder dargestellt und die wichtigsten rechtlichen Grundlagen erläutert, um es Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten zu ermöglichen, erfolgreich präventiv wie auch repressiv tätig werden zu können. Zudem gibt das Buch dem Leser Anregungen für die Umsetzung des Kinderschutzes in der polizeilichen Praxis mit auf den Weg.

### Weiterhin erhältlich:

- Band 1:** Grundlagen der Kriminalistik/Kriminologie
- Band 4:** Identifizierung von Personen
- Band 5:** Die Beschuldigtenvernehmung
- Band 6:** Grundlagen der Rechtsmedizin
- Band 7:** Polizeibeamte  
als Zeugen vor Gericht
- Band 8:** Tatortarbeit
- Band 9:** Beschreibung und Identifizierung  
von Bekleidung
- Band 10:** Brandermittlung
- Band 11:** Polizeiforschung für  
Studium und Praxis
- Band 12:** Bearbeitung von Jugendsachen
- Band 13:** Kriminalistische Fallanalyse
- Band 14:** Der kriminalistische Beweis
- Band 15:** Todesermittlungen
- Band 16:** Grundlagen der Kriminaltechnik I
- Band 17:** Grundlagen der Kriminaltechnik II



Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeiten unter: [www.VDPolizei.de](http://www.VDPolizei.de)

**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb**  
Forststraße 3a • 40721 Hilden • Tel.: 02 11/71 04-212 • Fax: -270 • E-Mail: [vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de](mailto:vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de) • [www.VDPolizei.de](http://www.VDPolizei.de)

# Modern Classic by HALFAR



Filztaschen und Accessoires im trendy Design  
aus dem Stoff von Morgen.

## Personal Bag

**„Handtasche, eine Generation weiter“**

Kleines Personal Bag mit Hauptfach,  
rückseitig praktischer Gürtelschlaufe  
und abnehmbarem Schultergurt.  
Optimal für SmartPhone oder Sonnenbrille.

Material: Filz  
Maße: B 13 x H 8 x T 2 cm  
Farbe: grau

**04-0775 4,50 €**



## Cross Bag

**„Einfach anziehend – auch  
dank Magnetverschluss“**

Moderne Tasche mit Magnetverschluss  
am Überschlag. Verstärkter Boden und  
rückseitig eingenähter Schultergurt.

Material: Filz  
Maße: B 24 x H 29 x T 5,5 cm  
Farbe: grau

**04-0774 7,95 €**



## City Shopper

**„Schöner Shoppen mit Extras“**

Hochwertiger Shopper bei dem das Portmonee gleich mit kommt.  
Ein abnehmbares Wertsachen- Reißverschlusstäschchen sorgt dafür,  
dass das nötige Kleingeld immer sicher verstaut ist.

Material: Filz  
Maße: B 37 x H 30 x T 12 cm  
Farbe: grau

**04-0773 10,95 €**



**Wichtig:** Bei Auftragswert unter 100,- Euro zuzüglich 4,50 Euro Porto- und Versandkosten. Nutzen Sie den Vorteil einer Sammelbestellung. Lieferung erfolgt auf Rechnung! **Ihre Bestellung richten Sie bitte an die:**

**Organisations- und Service-Gesellschaft der Gewerkschaft der Polizei mbH**  
Postfach 309 • 40703 Hilden • Tel.: 02 11/7104-168 • Fax: -165 • E-Mail: [osg.werbemittel@gdp-online.de](mailto:osg.werbemittel@gdp-online.de) • [www.osg-werbemittel.de](http://www.osg-werbemittel.de)